

Jörg Sommer
Diana Wehlau

**Governance der
Politikberatung in der
deutschen Rentenpolitik**

Herausgeber:

Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW)
Universität / Arbeitnehmerkammer Bremen
Postfach 33 04 40
28334 Bremen

Bestellung:

Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW)
- Geschäftsstelle -
Tel.: 0421 / 218 - 3281
info@iaw.uni-bremen.de

1. Auflage 2010

ISBN-Nr.: 978-3-88722-721-0

Jörg Sommer
Diana Wehlau

Governance der Politikberatung in der deutschen Rentenpolitik

Bestandsaufnahme und Systematisierung

Die in diesem Beitrag präsentierten Ergebnisse sind im Rahmen eines Projekts erarbeitet worden, welches durch das Forschungsnetzwerk Alterssicherung (FNA) der Deutschen Rentenversicherung Bund (DRV) gefördert wurde. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung obliegt den beiden Autoren. Unser Dank gilt Ulrich Heisig für kritische Kommentierungen des Manuskripts sowie den Organisationen und Einrichtungen, die sich durch ihre Auskunftsbereitschaft bei der schriftlichen Befragung an dem Projekt beteiligt haben.

Kurzfassung

Das politische System der Bundesrepublik Deutschland hat in den letzten Jahren einen massiven Wandel seiner Regierungs- und Steuerungsfähigkeit erfahren, der im politikwissenschaftlichen Diskurs als neue Form der „Governance“ beschrieben wird. Eine Erscheinungsform des konstatierten Wandels ist die zunehmende Ausdifferenzierung der politischen Akteursvielfalt, die sich auch in der Intensivierung der Politikberatung widerspiegelt. Bezogen auf das Politikfeld Alterssicherung liegen bislang nur vereinzelte Informationen darüber vor, welche Akteure und Organisationen in diesem Bereich Politikberatung betreiben und als Teil der „rentenpolitischen Governance“ charakterisiert werden können.

Um das bestehende Informationsdefizit abzubauen, wird auf Basis einer empirischen Erhebung eine Bestandsaufnahme der Beratungslandschaft in der deutschen Rentenpolitik erarbeitet, die Schlussfolgerungen im Hinblick auf die Struktur und die Problemlösungsfähigkeit der rentenpolitischen Governance in Deutschland erlauben.

Abstract

The political system of the Federal Republic of Germany has experienced a fundamental change of its ability to govern and control, described as a new form of “governance” in political sciences. One manifestation of this development is the ongoing differentiation of political actors, especially the intensification of (scientific) policy advice. With regard to the policy area of old-age security, we have little information about the organisations that act as political consultants in this area. Our empirical investigation takes stock of the ‘landscape’ of policy advice in German pension policies and draws conclusions with regard to the structure of ‘pension governance’ in Germany and its capacity of problem solving.

Inhaltsverzeichnis

ABBILDUNGSVERZEICHNIS.....	2
TABELLENVERZEICHNIS.....	2
1 HINTERGRUND UND AUFBAU DES BEITRAGS	5
2 THEORETISCHER ZUGANG UND SYSTEMATISIERUNG	7
2.1 Begriffsklärung und Konzeptionalisierung	7
2.2 Formen und Kanäle der Politikberatung	10
2.3 Dauerhaft externe Politikberatung	13
2.4 Zusammenfassende Typologisierung.....	17
3 BESTANDSAUFNAHME ZUR POLITIKBERATUNG IN DER DEUTSCHEN RENTENPOLITIK.....	19
3.1 Grundlagen und Struktur politikberatender Organisationen.....	22
3.2 Selbsteinschätzung politikberatender Organisationen.....	26
4 SCHLUSSBETRACHTUNG.....	43
LITERATUR	50

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Räumliche Verteilung.....	23
Abbildung 2: Transferaktivitäten	25
Abbildung 3: Rentenpolitische Schwerpunkte.....	26
Abbildung 4: Bedeutung der Arbeitsschwerpunkte	28
Abbildung 5: Bedeutung der Zielgruppen	29
Abbildung 6: Bedeutung der Betätigungsfelder	30
Abbildung 7: Bedeutung der Finanzierungsformen.....	32
Abbildung 8: Inhaltliche Schwerpunkte und Themenfelder	33
Abbildung 9: Maßnahmen und Aktivitäten	35
Abbildung 10: Relevante Akteure	40
Abbildung 11: Kooperationsformen.....	42

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Politikberatung nach Ausprägungsformen	11
Tabelle 2: Kanäle und Organisationsformen der Politikberatung nach Institutionalisierungsgrad.....	13
Tabelle 3: Organisationstypen der externen Politikberatung	16
Tabelle 4: Adressaten und Institutionalisierung	17
Tabelle 5: Untersuchungssample nach Organisationstypen	21
Tabelle 6: Gründungsphase	22
Tabelle 7: Räumliche Konzentration	24
Tabelle 8: Personelle Ausstattung	24
Tabelle 9: Bedeutung der Arbeitsschwerpunkte	29
Tabelle 10: Bedeutung der Zielgruppen.....	30
Tabelle 11: Bedeutung der Betätigungsfelder.....	31
Tabelle 12: Bedeutung der Finanzierungsformen	32
Tabelle 13: Konkretisierung der meist genannten inhaltlichen Schwerpunkte	34
Tabelle 14: Konkretisierung der meist genannten Maßnahmen und Aktivitäten	35
Tabelle 15: Beteiligung an rentenpolitisch relevanten Entscheidungen	37
Tabelle 16: Einfluss auf politische Prozesse (I)	38
Tabelle 17: Einfluss auf politische Prozesse (II)	39
Tabelle 18: Relevante Akteure im Politikfeld.....	41
Tabelle 19: Kooperationsformen.....	42

1 Hintergrund und Aufbau des Beitrags

Das politische System der Bundesrepublik Deutschland hat in den letzten Jahren einen massiven Wandel seiner Regierungs- und Steuerungsfähigkeit erfahren, da an die Stelle eines hierarchisch-dirigistischen Politikstils ein eher horizontal-informeller Modus öffentlicher Politikgestaltung getreten ist. Die sozialwissenschaftliche Literatur beschreibt diese Entwicklung als neue Form der „Governance“ (Falk et al. 2007; Ihne 2007; Priddat 2009). Eine Erscheinungsform dieser Entwicklung ist die zunehmende Ausdifferenzierung der politischen Akteursvielfalt, im Zuge dessen auch die qualitative wie quantitative Intensivierung der Politikberatung an Bedeutung zu gewinnen scheint. Dies gilt auch für das Politikfeld Alterssicherung, in dem politisch handelnde Akteure bei Reformprozessen zunehmend auf externe Beratung und (wissenschaftliche) Expertise zurückgreifen (müssen). Mittlerweile hat sich in diesem Politikfeld ein ausdifferenziertes Geflecht an Akteuren und Organisationen der Politikberatung herausgebildet: Die Spannbreite der rentenpolitischen Beratung reicht von temporär einberufenen Beratungsgremien über universitäre Forschungsinstitute unterschiedlicher Disziplinen bis hin zu privatwirtschaftlich finanzierten Organisationen. Zusammengenommen zeichnet sich in diesem Politikfeld die Etablierung einer Vielzahl von Organisationen ab, die zum Teil auch konkurrierende Expertenmeinungen, Zielvorstellungen und Interessen vertreten.

Die Kenntnis des „Status Quo“ des Angebots an Beratungsleistungen ist für eine informierte Entscheidungsfindung von zentraler Bedeutung, weil das Hintergrundwissen über die Akteure und Organisationen der Politikberatung, deren Selbstverständnis und Finanzierungsbasis Aufschluss über die Zielsetzung der Beratungsinhalte gibt. Nur auf einer breiten Informationsbasis können politisch handelnde Akteure die vielfältige und vielstimmige rentenpolitische Politikberatung einordnen und die vorgebrachten Argumente abwägen. Bisher liegen jedoch nur vereinzelte Informationen darüber vor, welche Akteure und Organisationen auf dem „Markt“ für Politikberatung im Allgemeinen sowie im Politikfeld Alterssicherung im Besonderen agieren und welche Ziele sie dort verfolgen.

Um das bestehende Informationsdefizit abzubauen, führt der vorliegende Beitrag eine Bestandsaufnahme der Politikberatung im Politikfeld Alterssicherung als Teilbereich der rentenpolitischen Governance durch. Die Umsetzung dieser Zielsetzung erfolgt in mehreren aufeinander aufbauenden Schritten: Zunächst werden die potentiell relevanten Organisationen der Politikberatung im Politikfeld Alterssicherung identifiziert. Hier erfolgt eine Fokussierung auf jene Einrichtungen, die sich mit Rentenpolitik im Sinne der (monetären) Absicherung im Alter befassen, d. h. mit Fragen der gesetzlichen Rentenversicherung, betrieblichen Altersversorgung, staatlich geförderten privaten Altersvorsorge („Riester-Rente“) so-

wie weitere Formen der privaten Vorsorge. In einem weiteren Schritt werden ihre formale Struktur und Organisationsweise sowie ihre rentenpolitische Konzeption und inhaltliche Zielsetzung beschrieben. Dem schließt sich eine Erhebung über Adressaten und Instrumente der Politikberatung an. Schließlich werden die identifizierten Organisationen auf Basis der vorliegenden Informationen systematisiert und einem spezifischen Organisationstyp zugeordnet.

Aufbau des Beitrags

Zur Operationalisierung dieser Schritte findet in Kapitel 2 zunächst eine theoretische Annäherung an den Betrachtungsgegenstand Politikberatung statt. Im Mittelpunkt steht die Frage, auf welche Weise und durch welche Akteure und/oder Organisationen Politikberatung in Deutschland gemeinhin erfolgt. Hierzu legen wir die Entwicklungstrends und Erklärungsansätze des „Phänomens“ Politikberatung dar und zeigen die zentralen Begrifflichkeiten und Konzeptionen auf. Daraufhin wird der Blick auf die konkreten Formen und Kanäle der Politikberatung sowie speziell auf die dauerhaft externe Politikberatung gelenkt. Die Ausführungen münden in einer Typologisierung der Politikberatung, die als analytisch-konzeptioneller Rahmen für die empirische Untersuchung dient.

Das Kapitel 3 enthält die zentralen Ergebnisse der empirischen Bestandsaufnahme zur Politikberatung in der Alterssicherung. Im Mittelpunkt der Ergebnisdarstellung steht zum einen die formale Struktur der identifizierten Organisationen, d.h. die Arbeitsschwerpunkte, Zielgruppen, Betätigungsfelder und deren Finanzierung (Kap. 3.1). Zum anderen geht es um die inhaltlichen Ausrichtung der Organisationen in der Rentenpolitik und die hierzu aktuellen und geplanten Aktivitäten, deren Einbindung in rentenpolitische Entscheidungsprozesse sowie die Selbsteinschätzung bezüglich der Wirksamkeit der Politikberatung der eigenen und anderer Organisationen (Kap. 3.2).

Im abschließenden Kapitel 4 werden die Forschungsergebnisse zusammengeführt und komprimiert dargestellt. Auf Basis der abgeleiteten übergreifenden Schlussfolgerungen zur Akteurslandschaft der Politikberatung in der deutschen Rentenpolitik wird verbleibender Forschungsbedarf aufgezeigt.

2 Theoretischer Zugang und Systematisierung

Die politischen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen gesellschaftlichen Handelns sind einem steten Wandel unterworfen. In Deutschland haben sich in den letzten beiden Dekaden im Zuge allgemeiner ökonomischer und politischer Strukturveränderungen auch die Akteurskonstellationen zwischen Politik, Organisationen und anderen korporativen wie individuellen Akteuren verändert. Zugleich haben sich auf unterschiedlichen Ebenen des Institutionensystems und der Politik „neue Formen der Governance“ herausgebildet (Holtrup/Warsewa 2008; Heinze 2009: 17). Dieser Wandel spiegelt sich auch in der politikwissenschaftlichen Forschung wider: Die Governance-Perspektive lenkt den Blick auf die Beziehungszusammenhänge von Staat und Gesellschaft. Neu daran ist die Berücksichtigung des prozesshaften Charakters politischer Entscheidungen und des dynamischen Wirkens vielfältiger beeinflussender Variablen (siehe z.B. Garrelts et al. 2008). Indem die Akteursvielfalt, die Beziehungsstrukturen sowie die formalen wie informalen Prozesse der Politik als Determinanten von Policy konzeptionalisiert werden, wird die Entwicklung hin zu hochgradig organisierten und ausdifferenzierten Gesellschaften abgebildet. Dabei distanziert sich die Governance-Perspektive deutlich von der tradierten Vorstellung einer hierarchischen Überordnung des Staates (Schridde 2007: 35) und trägt insofern dem Umstand Rechnung, dass politische Entscheidungsprozesse nicht (mehr) ausschließlich durch den Staat entschieden werden, sondern dass darüber hinaus zunehmend auch nicht-staatliche Akteure an politischen Entscheidungen beteiligt sind, z.B. Nichtregierungsorganisationen, die Medien und die Wissenschaft. Ein Indikator für den strukturellen Wandel der Governance ist der quantitative wie auch qualitative Bedeutungszuwachs der wissenschaftlichen und professionellen Politikberatung, was den Blick auf den Begriff wie auch auf die Konzeptionalisierung der Politikberatung lenkt.

2.1 Begriffsklärung und Konzeptionalisierung

In der wissenschaftlichen Diskussion herrschen unterschiedliche Bestimmungen des Begriffs Politikberatung vor: Häufig fungiert er als „Oberbezeichnung einer der spezifischen Begegnungsformen zwischen Wissenschaft und Politik“ (Krevert 1993: 8). Er umfasst aber auch die Medien- und Kommunikationsberatung von Parteien oder einzelnen Politikerinnen und Politikern, wobei speziell die Wahlkampfberatung bisweilen als „traditionelle Politikberatung“ bezeichnet wird (Müller 2006: 89). Schließlich beinhaltet der Begriff auch die Beratung durch privatwirtschaftliche Unternehmen und Verbände, wenngleich diese primär auf lobbyistische Einflussnahme abzielt. Die Verwendung des positiv konnotierten Begriffs Politikberatung für Aktivitäten der Interessenvermittlung ist auch Ergebnis der PR-Maßnahmen

kommerzieller Lobbying- und Public-Affairs-Unternehmen, die mit dieser Selbstbeschreibung in der Öffentlichkeit offenbar erhöhte Legitimität suchen und das neu entstandene Berufsbild des „Politikberaters“ aufwerten wollen. Auch Praktiker der Ministerialverwaltung bezeichnen lobbyistische Akteure bisweilen als Politikberater (Tiemann 2004: 48). Letztendlich lassen sich diese begrifflichen Unschärfen auch mit dem Wandel der Politikberatung erklären.

In den 1960er/1970er Jahren erfolgte Politikberatung primär durch die Kerninstitutionen der Wissenschaft, namentlich Universitäten, Akademien und Forschungsinstitute. Mittlerweile haben diese Institution ihr „Beratungsmonopol“ bei der Produktion politisch relevanten Wissens und wissenschaftlicher Expertise allerdings eingebüßt (Falk et al. 2006a: 12; Glaab/Metz 2006: 161ff.). Spätestens seit Ende der 1990er Jahre ist es mit der Gründung und Herausbildung von neuen politikberatenden Akteuren, wie z. B. praxisorientierten Forschungszentren, „Think-Tanks“ und kommerziellen Beratungsbüros, zu einer „Pluralisierung und neuen Unübersichtlichkeit“ der Politikberatung gekommen (Heinze 2009: 11; in diesem Sinne auch Lendi 2005: 9; Meister 2004: 31). Das Akteursspektrum der Politikberatung ist deutlich breiter und auch die Beratungsformen sind stark diversifiziert. Allerdings geht der „Nachfrageschub nach Politikberatung“ (Falk et al. 2006a: 11) auf Seiten der politisch Handelnden nicht notwendigerweise mit Entscheidungssicherheit, sondern vielfach mit konfligierenden Expertisen, wissenschaftlicher Unsicherheit und gesellschaftlicher Pluralität einher (Heinrichs 2002). Da wissenschaftlicher Rat nicht mehr die traditionelle Verlässlichkeit aufweist, setzen politische Akteure mitunter auf verschiedene Beratungsgremien und -formen (Heinze 2009: 7f.). Insofern wird aus Sicht der Politik die Politikberatung als „outgesourcte“ Leistung verstanden, die bei Bedarf eingeholt werden kann, aber kaum mehr selbst geleistet wird (Mayntz 2007: 115; Falk et al. 2007: 327).

Insgesamt hat sich daher nicht nur der Umfang, sondern auch der Charakter der Politikberatung verändert (Glaab/Metz 2006; Heinze 2009). Lange Zeit wurde auf Sachverständigenräte, Kommissionen und *interne* Beratungsstäbe zurückgegriffen (Krevert 1993; Weber 2004; Murswieck 1994; Cassel 2001). Zunehmend gerät auch die Funktion von weiteren, *externen* Organisationen als Vermittler zwischen Wissenschaft und Politik in den Fokus (siehe z. B. Althaus/Meier 2004; Dagger et al. 2004). Dennoch ist zu konstatieren, dass damals wie heute in der (sozialwissenschaftlichen) Literatur weder ein allgemein anerkanntes Verständnis, noch ein einheitlicher methodischer Zugang zum Betrachtungsgegenstand „Politikberatung“ existiert. Ganz im Gegenteil wird der Begriff weiterhin als „bunt schillernd“ bezeichnet (Bogumil/Jann 2005: 146) und – teilweise umfassend, teilweise undifferenziert – für unterschiedlichste Tätigkeitsfelder verwendet (Althaus/Meier 2004; Dagger et al. 2004; Falk et al. 2006b; Falk/Römmele 2009).

Grundsätzlich kann mit dem Begriff „Politikberatung“ ein institutionalisierter Prozess bezeichnet werden, bei dem politisch Handelnde – gefragt oder auch ungefragt – mit wissenschaftlich aufbereiteten Informationen beliefert werden (Mayntz 2007: 116). Dabei bezieht sich der Begriff der politisch Handelnden – als Nachfrager politikbezogener Beratung – nicht allein auf gewählte Parlamentarier, sondern schließt das gesamte politisch-administrative System, die Öffentlichkeit und die zukünftig Regierenden mit ein.

Wachsender Bedarf und Bedeutung der Politikberatung

Der allseits attestierte wachsende Bedarf an Politikberatung wird auf einen allgemeinen Wandel hin zur modernen Wissensgesellschaft zurückgeführt (Willke 1998: 355; Weingart 2001: 325f.). Diese allgemein Zeitdiagnose beschreibt einen Zustand, in dem „Wissen in steigendem Maße nicht nur als konstitutives Merkmal für die moderne Ökonomie und ihre Produktionsprozesse und -beziehungen [steht], sondern insgesamt zum Organisationsprinzip und zur Problemquelle der modernen Gesellschaft wird“ (Stehr 2001: 19). Im Einzelnen lassen sich unterschiedliche Faktoren identifizieren, die den Wandel zur Wissensgesellschaft beschleunigen. Hierzu zählen die Zunahme des verfügbaren Wissens, ein genereller Komplexitätszuwachs und erhöhte Risiken von Fehlentscheidungen sowie die Pluralisierung von Expertenwissen. Dabei stehen die Faktoren in Wechselwirkung zueinander und bedingen einander teilweise (Siefken 2007: 17). In der Folge greift die Politik bei komplexen Regelungsgegenständen, neuartigen Problemlagen sowie bei erhöhtem Problem- und Zeitdruck zunehmend auf externe, hochspezialisierte Expertise und wissenschaftlich gestützte Beratungsdienstleistungen zurück (Siefken 2007; Kielmansegg 2006: 10).

Ein weiterer Erklärungsfaktor für die Erstarkung der Politikberatung ist die Tatsache, dass die politischen Systeme in den industrialisierten Demokratien in den letzten Jahren einen massiven Wandel ihrer Regierungs- und Steuerungsfähigkeit erfahren haben. Wie bereits eingangs erwähnt, wird diese Entwicklung im politikwissenschaftlichen Diskurs mit dem Begriff der „neuen Governance-Strukturen“ beschrieben: Die Governance-Perspektive distanziert sich von tradierten Vorstellungen einer hierarchischen Überordnung des Staates (Schridde 2007: 35). Sie trägt dem Umstand Rechnung, dass politische Entscheidungsprozesse nicht (mehr) ausschließlich durch den Staat entschieden werden, sondern zunehmend auch nicht-staatliche Akteure an politischen Entscheidungen beteiligt sind, z. B. Nichtregierungsorganisationen, Medien und Wissenschaft. Zur Steuerung politischen Handelns bedarf es daher verstärkt inhaltlich nachvollziehbarer Argumente und Begründungen anstatt eindeutiger, final programmierter Normen. Diese sich abzeichnende Abschwächung hierarchischer Politik erfordert eine frühzeitige Einbindung der relevanten Akteure in den Entscheidungsprozess. Auch in diesem Zusammenhang spielt Politikberatung eine zunehmend wichtige Rolle (Falk et al. 2007).

In der politischen Praxis sind die Grenzen zwischen Politikberatung, Interessenvertretung und Lobbying häufig fließend (Hustedt et al. 2010: 16). Von daher werden diese Begriffe in der öffentlich-medialen Debatte häufig synonym verwandt, wenngleich sie sich hinsichtlich ihrer konzeptionellen Zugänge unterscheiden. Gemeinsames Merkmal von Politikberatung, Interessenvertretung und Lobbying ist die – mehr oder weniger enge – Interaktion mit politisch-administrativen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern sowie die Anbindung an politische Prozesse. Für die Begriffe des Lobbying und der Interessenvermittlung bildet „Interesse“ die zentrale analytisch-begriffliche Kategorie, „Wissen“ hingegen ist wichtigster Bezugspunkt des Politikberatungsbegriffs. Während es beim Lobbying um die interessenbasierte Beeinflussung politischer Entscheidungen geht, stellt (wissenschaftliche) Politikberatung auf die Herstellung einer rationalen, problemlösungsfähigen Politik ab.

Diese Sichtweise legt nahe, dass eine reine Fokussierung auf jene Formen der Politikberatung, die durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wahrgenommen wird und sich auf mit wissenschaftlichen Methoden generierte Erkenntnisse stützt – also „wissenschaftliche Politikberatung“ im klassischen Sinne –, verkürzt wäre. Für die hier zu bearbeitende Fragestellung ist ein relativ breites Verständnis von Politikberatung erforderlich, das auch Verbände, Stiftungen und sonstige Nichtregierungsorganisationen berücksichtigt. Auch diese Akteure sind bestrebt, die Politik (wissenschaftlich) zu beraten, wie die nachfolgende Darstellung zu den Formen und Kanälen der Politikberatung zeigen.

2.2 Formen und Kanäle der Politikberatung

Ausgehend von diesen begrifflichen und konzeptionellen Vorüberlegungen richtet sich der Blick im Folgenden auf die unterschiedlichen Formen und Tätigkeitsfelder sowie auf die Kanäle der Politikberatung in Deutschland.

Ausprägungsformen und Tätigkeitsfelder der Politikberatung

In den letzten Jahren hat sich zur wissenschaftlichen Beschreibung von Politik eine – an der englischen Sprachgebrauch angelehnte – analytisch-begriffliche Dreiteilung etabliert, die hinsichtlich der Prozesse, Strukturen und Inhalte unterscheidet (Schubert/Bandelow 2003; Faust/Vogt 2002; Schmidt 1997). Analog zu dieser analytischen Dreiteilung des Politikbegriffs lassen sich auch die Formen und Tätigkeiten der Politikberatung strukturieren, d. h. Politikberatung im Hinblick auf die konkreten Prozesse (Politics), die institutionellen Strukturen (Polity) und die inhaltlichen Programme (Policies):

Bei der *Politics-Beratung* geht es primär um das Gewinnen von Wahlkämpfen; teilweise werden auch spezialisierte themenbezogene Kampagnen im Rahmen des Regierens durchgeführt. Die strategische Politics-Beratung durch externe Berater findet in Deutschland erst ansatzweise und vor allem mit dem Ziel der Beeinflussung der öffentlichen Mei-

nung statt, um Unterstützung für bestimmte Themen oder Mehrheiten bei Wahlen zu generieren (Mihr 2003). In diesem Bereich agieren primär Werbe-, PR- und Public-Affairs-Agenturen, die sich auf den Bereich der Politics-Beratung öffentlicher und privater Einrichtungen spezialisiert haben (Schuster 2005: 61-69; Radunski 2006). Die Beratung ist an einem Nullsummenspiel orientiert, d. h. es gibt Gewinner und Verlierer. Dies sind entweder einzelne Politikerinnen und Politiker oder Parteien und Interessengruppen.

Bei der *Polity-Beratung* geht es vorrangig um Optimierung von Verfahren in politischen Subsystemen, zum Beispiel innerhalb einzelner Organisationen (beispielsweise die Verbesserung der Arbeitsweise einer Behörde) oder in einem politischen Aufgabenbereich, in dem mehrere korporative Akteure zusammenwirken und deren Schnittstellen und Aufgabenabgrenzungen verbessert werden sollen. Im größeren Rahmen gehören dazu auch normativ geleitete Verbesserungen: So befasst sich die Polity-Beratung mit dem gesamten politischen System eines Landes, beispielsweise Verfassungs- oder Wahlrechtsreformen. In diesen Bereich ist ein Großteil der Beratungsprozesse im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit einzuordnen; auch bei der Staatengründung oder Transformation spielt Polity-Beratung eine wichtige Rolle (Lompe 2006: 25). Auch kollektive Akteure können Adressaten der Polity-Beratung sein, zum Beispiel politische Entscheidungsgremien wie ein Parlament. Ziel ist in der Regel ein Positivsummenspiel, das sich entweder auf Ebene des betroffenen Subsystems oder des Gesamtsystems einstellen soll.

Den eingängigsten Bereich umfasst die *Policy-Beratung*, die auf inhaltliche Politikgestaltung abzielt. Die Policy-Beratung konzentriert sich unmittelbar auf die Entwicklung inhaltlicher Handlungsvorgaben („Programme“). Adressaten von Policy-Beratung können sowohl korporative Akteure (z. B. ein Ministerium, die Regierung, eine Behörde) als auch kollektive (z. B. das Parlament) oder individuelle Akteure (z. B. einzelne Politiker) sein. Ziel der Beratung ist eine materielle Verbesserung in bestimmten Politik- oder Gesellschaftsbereichen, wobei wiederum Positivsummen-Ergebnisse die bevorzugte Lösung darstellen.

Tabelle 1: Politikberatung nach Ausprägungsformen

	Politics-Beratung	Polity-Beratung	Policy-Beratung
Schwerpunkt	Konkrete Prozesse	Institutionelle Strukturen	Inhaltliche Programme
Beratungsfokus	Taktische Verbesserung	Prozedurale Optimierung / normative Verbesserung	Materielle Verbesserung
Primäre Adressaten	Korporative Akteure Individuelle Akteure	Korporative Akteure Individuelle Akteure	Korporative Akteure Individuelle Akteure Individuelle Akteure
Orientierung	Einzelakteure	Subsystem (Gesamtsystem)	Gesamtsystem
Ziel	Nullsumme	Positivsumme	Positivsumme

Quelle: Darstellung nach Siefken (2007: 40).

Kanäle der Politikberatung

Zur Strukturierung der Kanäle von Politikberatung können unterschiedliche *Adressaten* der Beratung voneinander abgegrenzt werden: Öffentlichkeit, Gesetzgeber und Regierung/Verwaltung.¹ Bei dieser Einteilung werden nur die primären Empfänger betrachtet, auf die die Politikberatung in erster Linie abzielt. Da in einem demokratischen Regierungssystem Öffentlichkeit, Parlament und Regierung/Verwaltung nicht vollkommen isoliert und unabhängig voneinander sind, können Ergebnisse von Parlamentsberatung direkt in Regierung und Verwaltung einfließen (Petermann 2005: 51); ebenso kann Öffentlichkeitsberatung auf dem „Umweg“ über Repräsentation und Responsivität einen nachhaltigen Einfluss auf Regierung und Parlament entfalten. Zudem richten sich Einrichtungen der Politikberatung zugleich an mehrere Empfänger. Angesichts dessen ist eine begriffliche Unterteilung sinnvoll: Zum einen gibt es einen engeren Kreis von Adressaten, die zumeist auch formale Auftraggeber sind und Berichte oder Ergebnisse offiziell entgegennehmen. Zum anderen existiert ein weiterer Kreis von Rezipienten, nämlich all jene, die faktisch die Ergebnisse der Beratung zur Kenntnis nehmen und eventuell sogar am Beratungsvorgang selbst partizipieren (Schneider 2004: 212).

Ein weiteres Kriterium, um Ordnung in die vielfältigen Kanäle der Politikberatung zu bringen, ist der Grad ihrer *Institutionalisierung* (Siefken 2007: 41 f.): Politikberatung kann ohne eigene zu diesem Zweck eingerichtete Organisationsformen erfolgen. Dabei ist diese Kategorie keinesfalls so eng gefasst, dass sie lediglich die Beratung durch Einzelpersonen oder komplett informelle Verfahren erfasst. In diese Kategorie fallen einerseits der öffentliche Diskurs und informelle Gespräche, sowie andererseits auch Fachgutachten, die durch die Ausschüsse der Parlamente, Arbeitskreise von Fraktionen und die Ministerien auf Bundes- und Landesebene eingeholt werden, und sich in der Regel mit dem Wissen von materiellen Politikfeldern befassen. Eine zeitlich begrenzte Institutionalisierung liegt vor, wenn vorübergehend ein gewisser organisatorischer Rahmen aufgebaut wird, in dem mehrere individuelle oder zusammengesetzte Akteure ein gemeinsames Ergebnis erarbeiten. Zeitlich begrenzte Organisationen werden primär mit einem konkreten Untersuchungsauftrag eingesetzt und nach dessen Bearbeitung wieder aufgelöst. In diesem Zusammenhang sind Begriffe und Bezeichnungen wie Beirat, Rat, Experten- oder Sachverständigenkommission, teilweise auch Ausschuss, Task-Force oder Arbeitskreis – teilweise unsystematisch – nebeneinander zu finden. Insofern lässt der Name eines Gremiums keine Schlussfolgerung

¹ Die Kanäle der Politikberatung, die auf Regierung und Verwaltung zulaufen, gleichen sich weitgehend und werden daher in einer Adressatengruppe zusammengefasst.

über dessen Aufgabe oder Ausrichtung zu (Siefken 2007: 17f.). Schließlich kann Politikberatung von dauerhaft institutionalisierten Organisationsformen ausgehen. Sie sind naturgemäß thematisch breiter angelegt und existieren auch unabhängig von den jeweils zu bearbeitenden Einzelaufträgen. Hierzu zählen insbesondere eine ganze Reihe von Organisationen, die wissens- und oder interessenbasierte Politikberatung betreiben, wie beispielsweise Forschungseinrichtungen und -institute, Berufsverbände und die Sozialpartner, aber auch (politische) Stiftungen sowie NGOs und Verbraucherschutzorganisationen. Dauerhaft interne Beratungskapazitäten weisen den höchsten Grad der Institutionalisierung auf, da sie selbst organisatorischer Bestandteil des jeweiligen Adressaten sind und permanent zur Verfügung stehen. Diese Form der Politikberatung erfolgt häufig über die Fachausschüsse des Parlaments, die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordneten bzw. ihrer Fraktionen, die wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages sowie über die Ministerialverwaltung und die Ressortforschungseinrichtungen.

Tabelle 2: Kanäle und Organisationsformen der Politikberatung nach Institutionalierungsgrad

Ohne eingerichtete Organisationsform	<ul style="list-style-type: none"> - öffentlicher Diskurs und informelle Gespräche - Fachgutachten für Parlament und Verwaltung - Befassung mit dem Wissen von materiellen Politikfeldern - Beispiele: Verfasser von Gutachten sind einzelne Wissenschaftler/innen, Forschungsinstitute und kommerzielle Beratungsfirmen
Zeitlich begrenzte Institutionalisierung	<ul style="list-style-type: none"> - Vorübergehender organisatorischer Rahmen - Zusammenarbeit mehrerer individueller oder zusammengesetzter Akteure - Einsatz mit konkretem Untersuchungsauftrag, Auflösung nach Bearbeitung - Beispiele: Beirat, Rat, Kommission, Ausschuss, Task-Force, Arbeitskreis
Dauerhaft institutionalisierte Organisationsform	<ul style="list-style-type: none"> - Dauerhafte Existenz, unabhängig von den zu bearbeitenden Einzelaufträgen - Thematisch breit angelegt - Organisationen u. Akteure, die interessenbasierte Politikberatung betreiben - Beispiele: Berufsverbände, Sozialpartner, Lobbyunternehmen, Public-Affairs-Agenturen, NGOs, Verbraucherschützer
Dauerhaft interne Beratungskapazität	<ul style="list-style-type: none"> - Organisatorischer Bestandteil des jeweiligen Adressaten - stehen permanent zur Verfügung - Erfüllung weiterer Aufgaben - Beispiele: Fachausschüsse des Bundestages, wiss. Mitarbeiter der Fraktionen und MdB, wiss. Dienste, Ministerialverwaltung, Ressortforschung

Quelle: Eigene Darstellung.

2.3 Dauerhaft externe Politikberatung

Von Bedeutung für Governance der Politikberatung in der deutschen Rentenpolitik sind jene Formen der Politikberatung, die als dauerhaft extern charakterisiert werden können, worauf sich die nachfolgenden Ausführungen konzentrieren.

Die vorangegangenen Ausführungen haben bereits verdeutlicht, dass Politikberatung ein vielschichtiges Phänomen ist, dessen Aufgaben und Funktionen ebenfalls überaus umfangreich sein können. Entsprechend unübersichtlich ist auch das Feld von Organisationen, die sich im Feld der dauerhaft externen Politikberatung verorten lassen. In der Literatur sind

zahlreiche Typologien zur Einteilung des gesamten Spektrums politikberatender Organisationen zu finden (Weingart/Lentsch 2008; Heinze 2009; Heinrichs 2002; Lendi 2005; Kutsche 2008; Speth 2006). Zur Systematisierung der unterschiedlichen Organisationen speziell im Politikfeld Alterssicherung bietet sich eine Forschungsheuristik an, mit der die folgenden vier Organisationstypen voneinander abgrenzt werden:

- Akademische Organisationen und Auftragsforschungseinrichtungen (Typ 1),
- Advokatorische Organisationen (Typ 2),
- Interessenverbandsnahe Organisationen (Typ 3),
- Parteinnahe Organisationen (Typ 4).

Diese Typen sind nicht als starre Kategorien, sondern als Einteilung eines Kontinuums zu verstehen. Es ist durchaus möglich, dass Organisationen des einen Typs Merkmale eines anderen aufweisen. Als relevante Unterscheidungskriterien können u. a. das Selbstverständnis und der Gründungszweck der Organisation, die Arbeitsschwerpunkte und Betätigungsfelder, die Zielgruppen sowie deren (Haupt-)Finanzierung gelten. Nachfolgend werden die einzelnen Typen und ihre spezifischen Ausprägungen anhand der genannten Merkmale dargelegt.

Typ 1: Akademische Organisationen und Auftragsforschungseinrichtungen

Bei akademischen Organisationen und Auftragsforschungsinstituten handelt es sich um klassische Forschungseinrichtungen, die als ideologisch/politisch nicht identifizierbare Organisationen zu charakterisieren sind. Die Aufgaben dieser Organisationen nehmen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wahr, die häufig an staatlichen Hochschulen angegliedert sind und dort forschen und lehren. Sofern die Einrichtungen nicht an Hochschulen angegliedert sind, werden sie in Bezug auf die deutschen Forschungsinstitute auch als „Universitäten ohne Studenten“ bezeichnet (Gellner 1995: 35ff.), wenngleich diese pauschalierende Einschätzung nicht immer zutrifft. Die wichtigste Aufgabe dieser Organisationen besteht in der Informations- und Ideengewinnung bzw. der Generierung von anwendungsorientiertem Wissen. Hierzu wird entweder wissenschaftliche Grundlagenforschung betrieben, oder es werden die Ergebnisse externer Forschung ergänzt und interpretiert. Die Organisationen unterscheiden sich häufig danach, welche Themen gewählt und welche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit welchen Inhalten beschäftigt werden. Politikberatung ist für die meisten akademischen Organisationen und Auftragsforschungseinrichtungen eher ein „Nebengeschäft“, welches häufig *indirekt* durch die Publikation von Forschungsergebnissen stattfindet, die der wissenschaftlichen Community sowie der Öffentlichkeit in Form von wissenschaftlichen Monographien und Fachzeitschriften zugänglich gemacht werden. Darüber hinaus wird *direkte* Politikberatung in Form von Auftragsforschung erbracht (Gellner 1995: 33).

Typ 2: Advokatorische Organisationen

Advokatorische Organisationen sind zumeist Stiftungen sowie formal freie, aber gleichwohl interessengebundene Institute, die nicht gewinnorientiert sind und politische Entscheidungsprozesse wissenschaftlich beraten. Sie betreiben auch weniger Grundlagenforschung als die akademischen Organisationen (Hustedt et al. 2010: 19). Zudem unterscheiden sie sich von den klassischen akademischen Organisationen dadurch, dass sie sich häufig thematisch spezialisiert haben und mitunter auch relativ klein sein können – sowohl in der Anzahl der angestellten Personen als auch in dem zur Verfügung stehenden Budget. Der Arbeitsschwerpunkt advokatorischer Organisationen liegt eher auf der Vermittlung und Thematisierung spezieller Themen als auf der Generierung von Fachwissen. Neben Monographien und Artikeln in Fachzeitschriften produzieren advokatorische Organisationen häufig kürzere Analysen, Stellungnahmen und Positionspapiere (Lang 2006: 21). Insofern agieren advokatorische Organisationen mehr als Ideenmakler und politischer Akteur, so dass sie sich auch zu bestimmten Ideen und politisch-ideologischen Richtungen bekennen oder Themen-Anwaltschaften für Parteien, politische Gruppen oder spezifische Interessen übernehmen. Wenngleich diese Organisationen (zumeist) formal unabhängig sind, darf nicht fälschlicherweise der Eindruck entstehen, dass diese Organisationen den gleichen Operationsmodus wie Verbände haben, welche darauf spezialisiert sind möglichst effizient die Interessen ihrer Klientel in Politik und Öffentlichkeit zu vertreten. Die Arbeit advokatorischer Organisationen ist zwar wertorientiert bzw. interessengeleitet, aber sie orientiert sich ebenfalls an wissenschaftlichen Standards. Organisationen, die diesem Standard nicht gerecht werden, fallen nicht hierunter. Mit ihren aus wissenschaftlichen Erkenntnissen abgeleiteten politischen Handlungsempfehlungen versuchen sich advokatorische Politikberatungsorganisationen im vielfältigen Wettstreit um Ideen durchzusetzen (Speth 2006: 5).

Typ 3: Interessenverbandsnahe Organisationen

Auch die interessenverbandsnahen Organisationen sind politisch-ideologisch verortet. Wichtigstes Instrument dieser Organisationen sind adressatengerecht aufbereitete Informationen, insbesondere sogenannte „policy briefs“, die zum „richtigen“ Zeitpunkt an die „richtige“ Zielgruppe gebracht werden. Dies erfolgt meist abgestimmt mit medialen Kampagnen (Speth 2006: 8f.). Die dafür erforderlichen Ressourcen können in der Regel nur von Verbänden vorgehalten werden, die mit ihren hoch qualifizierten Referentinnen und Referenten ständige Politikbeobachtung und -beratung leisten. Zudem verfügen diese Expertenstäbe über jahrelang gewachsene Kontakte in die Fachreferentenebene der Ministerien, die den Transport der Expertise erleichtern (Wehlau 2009: 226-232). Diese Organisationen agieren aufgrund ihres interessengeleiteten Hintergrundes weniger analytisch und akademisch orientiert. Sie zeichnet sich durch ihre Nähe zur politischen Entscheidungsebene aus und sind daher handlungs- und entscheidungsorientiert (Speth 2006: 8f.).

Typ 4: Parteinahе Organisationen

Die parteinahen Organisationen agieren ähnlich wie die interessenverbandsnahen Organisationen. Aufgrund ihrer spezifischen Charakteristika bilden sie aber einen eigenen Organisationstyp, der im Wesentlichen die sechs parteinahen Stiftungen umfasst, in denen sich gesellschaftliche Werteströmungen repräsentieren. Die politischen Stiftungen – überwiegend aus öffentlichen Geldern finanziert – sind weitaus breiter aufgestellt als die sonstigen Organisationen: politische Bildungsarbeit, historische Forschung und Dokumentation vor allem im Bereich der ihnen nahestehenden Parteien und gesellschaftlichen Gruppen, aber auch Stipendienvergabe an Hochbegabte oder Aufgaben der internationalen Entwicklungszusammenarbeit belegen ihr weites Aufgabenfeld. Politikberatung ist bei den politischen Stiftungen nur eine Funktion unter vielen und die hierauf verwendeten finanziellen und personellen Ressourcen beanspruchen nur einen sehr kleinen Teil ihrer Etats (Speth 2006: 5).

Tabelle 3: Organisationstypen der externen Politikberatung

<p>Typ 1: Akademische Organisationen und Auftragsforschungs- einrichtungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - ideologisch/politisch nicht identifizierbare Organisationen - Angliederung an Hochschulen, Institute z. T. ohne formale Anbindung - Arbeitsschwerpunkte: Grundlagenforschung, Generieren von Fachwissen - Forschungsergebnisse richten sich an die wissenschaftliche Community (Monographien, Artikel in Fachzeitschriften, Forschungsberichte) - Beispiele: Zentrum für Sozialpolitik, Wissenschaftszentrum Berlin, Institut der Deutschen Wirtschaft - Spezielle Ausprägungsform: Wirtschaftsforschungsinstitute
<p>Typ 2: Advokatorische Organisationen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Bekenntnis zu bestimmten Ideen und politisch-ideologischer Orientierung - i.d.R. formale Unabhängigkeit, aber wert-/klientelorientierte Interessenvertretung; mitunter „kleine“ Einrichtungen - Arbeitsschwerpunkte: Thematisierung und Vermittlung von Werten und Interessen, Übernahme von Themenanwartschaften, Thematische Spezialisierung, i.d.R. keine Grundlagenforschung - Monographien, Artikel, Analysen, Stellungnahmen, Positionspapiere - Politikberatung durch Agieren als „Ideenmakler“ und „politische Akteure“ - Beispiele: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Deutsche Bank Research, Deutsches Institut für Altersvorsorge
<p>Typ 3: Interessenverbands- nahe Organisationen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Eindeutige politisch-ideologische Verortung - Nähe zur politischen Entscheidungsebene - „policy-briefs“, mediale Kampagnen - Politikberatung durch Handlungs- und entscheidungsorientierte Aufbereitung von Informationen
<p>Typ 4: Parteinahе Organisationen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Beispiele: Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Bundesverband der Deutschen Industrie, Deutscher Gewerkschaftsbund. - Spezielle Ausprägungsform: politische / gewerkschaftsnahe Stiftungen

Quelle: Eigene Darstellung.

2.4 Zusammenfassende Typologisierung

Der wissenschaftliche Erkenntnisstand über die verschiedenen Formen der Politikberatung ist nach wie vor relativ gering, weil das Feld breit und dessen interne Struktur schwer abzugrenzen ist. Beispielsweise schließen die einzelnen Kanäle und Organisationsformen der Politikberatung einander nicht aus, sondern haben breite Überschneidungsbereiche. Zur Bearbeitung der vorliegenden Fragestellung wird Politikberatung als politisch institutionalisierte, dialogisch gestaltete und strukturierte Wissenskommunikation unter Berücksichtigung von Werten, Interessen und Institutionen konzeptionalisiert. Politikberatung wird hier nicht als einseitiger Wissenstransfer verstanden, der sich aus einem Vernunftgefälle zwischen Wissenschaft und Politik ergibt, sondern als Lern- und Interaktionsprozess zwischen Politik, Expertenwelt und Gesellschaft. Die Unterscheidung zwischen *interner* und *externer* Politikberatung ermöglicht eine grobe Ordnung der vielfältigen Erscheinungsformen von Politikberatung in diesem Politikfeld: Politikberatung *von innen* ist demnach „Beratung, die in den jeweiligen Institutionen bzw. Organen unseres politischen Systems selbst stattfindet, innerhalb der Apparate institutionalisiert und finanziert wird“ (Kusche 2008: 69). Demgegenüber wird (dauerhaft) externe Politikberatung von unterschiedlichen Organisationen wahrgenommen, die sich einem von vier Organisationstypen zuordnen lassen (siehe Tabelle 3). Basierend auf den beiden Ordnungskriterien der Adressaten und der Institutionalisierung systematisiert Tabelle 4 die dargelegten Kanäle der Politikberatung.

Tabelle 4: Adressaten und Institutionalisierung

		Institutionalisierung			
		<i>keine</i>	<i>zeitlich begrenzt</i>	<i>(dauerhaft) extern</i>	<i>(dauerhaft) intern</i>
(Primäre) Adressaten	<i>Öffentlichkeit</i>	gesellschaftlicher Diskurs, öffentliche Expert/innen	Planungszellen, Runde Tische, Konsenskonferenzen	akademische Organisationen und Auftragsforschungseinrichtungen	-/-
	<i>Parlament</i>	Anhörungen	Enquete-Kommissionen, Untersuchungsausschüsse	advokatorische Organisationen	Ausschüsse, wiss. Mitarbeiter, wiss. Dienste
	<i>Regierung / Verwaltung</i>	Informelle Gespräche, Fachgutachten	Expertenkommissionen	interessenverbandsnahe Organisationen parteinahе Organisationen	Ministerialverwaltung, Ressortforschung

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Siefken (2007: 42).

Die empirische Analyse konzentriert sich auf den markierten Bereich der dauerhaft externen Politikberatung, da der Informationsbedarf in diesem Segment besonders hoch und eine weit reichende Identifizierung, Beschreibung und Systematisierung relevanter Organisationen möglich ist. Die Zuordnung einzelner Organisationen zu einem der vier Organisati-

onstypen erfolgt anhand unterschiedlicher Unterscheidungsmerkmale, wie z. B. das Selbstverständnis und der Gründungszweck der Organisation, die Arbeitsschwerpunkte und Betätigungsfelder, die Zielgruppen sowie auch der Finanzierungsform. Die dabei zugrunde gelegte Typologie ist als analytisch-konzeptionelles Modell zu verstehen, das der Systematisierung der empirischen Analyse dient, wenngleich es in seiner praktischen Anwendung auf Grenzen stößt. Die Grenzen des Systematisierungsansatzes bestehen darin, dass sich die parteinahen Stiftungen und auch traditionelle wissenschaftliche Forschungsinstitute auf den ersten Blick problemlos in die erstellte Typologie einordnen lassen. Schwierigkeiten ergeben sich z. B. bei Organisationen, die auf ein sehr spezifisches Themengebiet spezialisiert sind und sowohl Merkmale *akademischer* als auch *advokatorischer* Organisationen aufweisen. In diesen Fällen gilt es zwischen sehr eng gefassten Forschungsfeldern und bestimmten advokatorischen Interessen zu unterscheiden. Insofern lassen sich viele Organisationen – zumindest auf den ersten Blick – *nicht* eindeutig in die Typologie einordnen. Man muss deshalb über umfangreiche Informationen der jeweiligen Organisationen verfügen. Und selbst dann sind „Grenzfälle“ möglich, was entsprechend zu berücksichtigen ist. Aus diesem Grund können die zu identifizierenden Organisationen, die in der deutschen Rentenpolitik (möglicherweise) Politikberatung betreiben, nicht a priori fest einem bestimmten Typ zugeordnet werden.

3 Bestandsaufnahme zur Politikberatung in der deutschen Rentenpolitik

Der vorliegende Beitrag analysiert die Struktur rentenpolitischer Politikberatung in Deutschland in den folgenden aufeinander aufbauenden Schritten:

- Identifizierung und Systematisierung der maßgeblichen Organisationen der Politikberatung im Politikfeld Alterssicherung;
- Beschreibung ihrer formalen Struktur und Organisationsweise sowie ihrer rentenpolitischen Konzeption und inhaltlichen Zielsetzung;
- Erhebung über Adressaten und Instrumente der Politikberatung.

Die Bestandsaufnahme und Analyse zur Governance der Politikberatung in der deutschen Rentenpolitik erfolgte durch drei sich ergänzende empirische Erhebungsmethoden.

Erstens wurden durch *Expertenbefragungen* jene Organisationen identifiziert, von denen anzunehmen ist, dass sie im Politikfeld Alterssicherung Politikberatung betreiben. In Ergänzung zu dieser Befragung erfolgte eine erste Materialsichtung und -auswertung, auf Basis von

- Sekundärliteratur zum Themengebiet Politikberatung (siehe Literaturverzeichnis);
- Dokumente des Deutschen Bundestages, z. B. Bundestagsdrucksachen des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Lobbyregister;
- Internetquellen, z. B. Think Tank Directory Deutschland oder Sozialpolitik aktuell.²

Ein Ergebnis dieser Vorrecherchen war, dass bei einigen der Organisationen Politikberatung keinen relevanten Arbeitsschwerpunkt darstellt und/oder das Themenfeld Alterssicherung nicht behandelt wird. Insgesamt wurden 57 Organisationen und Einrichtungen identifiziert werden, die Eingang in die Untersuchung gefunden haben.

Zweitens sind zu den identifizierten Organisationen mittels *Dokumenten- und Internetrecherchen* öffentlich zugänglichen Informationen (z. B. Medienberichte, Jahres- und Geschäftsberichte sowie Webseiten der Organisationen) erfasst und ausgewertet worden. Die Auswahl der relevanten Informationen hat sich an die in den theoretischen Überlegungen genannten Kriterien orientiert. Hierzu gehören u. a. die Aspekte Gründungszusammenhang, Trägerschaft und formale Struktur; Aufgaben und Interessensbereiche; Ausstattung (finanzielle, personelle und administrative Ressourcen); Schwerpunkte der rentenpoliti-

² Siehe www.thinktankdirectory.org bzw. www.sozialpolitik-aktuell.de (letzter Zugriff am 1.12.2010).

schen Themenbereiche; Leitidee und rentenpolitische Zielvorstellungen. Auf Basis dieser Erhebung wurden die identifizierten Organisationen systematisiert und einem der in Kap. 2.3 definierten Organisationstypen zugeordnet (Tabelle 5).

Drittens wurde eine schriftliche Befragung durchgeführt, um weitergehende Informationen über die identifizierten Organisationen zu erhalten. Für die Befragung wurde ein zweiteiliger *Fragebogen* konzipiert, auf dessen Struktur an entsprechender Stelle genauer eingegangen wird. Der Fragebogen wurde im Frühsommer 2010 an alle 57 identifizierten Organisationen per E-Mail an die relevanten Ansprechpartner/innen in den Bereichen Geschäftsführung, Presse/Öffentlichkeitsarbeit und/oder an die entsprechenden Fachreferent/innen verschickt. Zum Ende der Erhebungsphase (September 2010) haben 31 Organisationen den Fragebogen ausgefüllt und zurückgeschickt. Damit liegt die Rücklaufquote bei insgesamt 54%. Zwölf der 57 kontaktierten Organisationen haben mit einer kurzen Begründung erklärt, dass sie nicht an der Befragung teilnehmen. Vier weitere Organisationen haben ohne konkrete Benennung von Gründen mitgeteilt, dass sie von einer Antwort abgesehen. Werden die Absagen als „Rücklauf“ gewertet, so beträgt die Rücklaufquote 82%. Zehn Organisationen (die verbleibenden 18%) der kontaktierten Organisationen haben weder den Fragebogen ausgefüllt, noch eine Rückmeldung zu den Gründen für die Nichtbeantwortung gegeben.

An den empirischen Erhebungsmethoden orientiert sich auch die Ergebnisdarstellung der im Politikfeld Alterssicherung agierenden Organisationen. Im Mittelpunkt steht zum einen die formale Struktur der identifizierten Organisationen, d.h. deren Arbeitsschwerpunkte, Zielgruppen, Betätigungsfelder und Finanzierung (Kap. 3.1). Zum anderen geht es um die inhaltlichen Ausrichtung der Organisationen in der Rentenpolitik und die hierzu aktuellen und geplanten Aktivitäten, deren Einbindung in rentenpolitische Entscheidungsprozesse sowie die Selbsteinschätzung bezüglich der Wirksamkeit der Politikberatung der eigenen und anderer Organisationen (Kap. 3.2).

Die Tabelle 5 zeigt die Zuordnung der identifizierten Organisationen zu den analytisch-konzeptionellen Organisationstypen, die Rücklaufquoten bezogen auf die einzelnen Typen der Politikberatung und damit auch die Zusammensetzung des Untersuchungssamples.

Tabelle 5: Untersuchungssample nach Organisationstypen

<p>Typ 1 Akademische Organisationen und Auftragsforschungseinrichtungen</p> <p>17 Organisationen (Rücklaufquote 59%)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung • Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung • Forschungszentrum Generationenverträge • ifo Institut für Wirtschaftsforschung • Institut Arbeit und Qualifikation • Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung • Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik • Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel • Institut für Wirtschaftsforschung Halle • Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel • Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung • Prognos AG • Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung • Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut • Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung • Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung • Zentrum für Sozialpolitik
<p>Typ 2 Advokatorische Organisationen</p> <p>13 Organisationen (Rücklaufquote 38%)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitnehmerkammer Bremen • Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik • Bertelsmann-Stiftung • Deutsche Bank Research • Deutsches Institut für Altersvorsorge • Evangelische Kirche in Deutschland • Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft • Institut der deutschen Wirtschaft Köln • institut für finanzdienstleistungen • Institut Solidarische Moderne • Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen • Stiftung Marktwirtschaft
<p>Typ 3 Organisationen der Interessensvermittlung</p> <p>17 Organisationen (Rücklaufquote 53%)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen • Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung • Arbeitsgemeinschaft kommunale und kirchliche Altersversorgung • Bundesverband deutscher Banken • Bundesverband Deutscher Vermögensberater • Bundesverband Investment und Asset Management • Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände • Deutsche Rentenversicherung Bund • Deutscher Gewerkschaftsbund • Deutscher Industrie- und Handelskammertag • Deutscher Unternehmensverband Vermögensberatung • Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft • Industriegewerkschaft Metall • Sozialverband Deutschland • Sozialverband VdK • Verbraucherzentrale Bundesverband • Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
<p>Typ 4 Parteinaher Organisationen</p> <p>6 Organisationen (Rücklaufquote 67%)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Friedrich Ebert Stiftung • Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit • Hanns Seidel Stiftung • Heinrich Böll Stiftung • Konrad Adenauer Stiftung • Rosa Luxemburg Stiftung
<p>Interne Politikberatung</p> <p>4 Organisationen (Rücklaufquote 75%)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung • Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftl. Entwicklung • Sozialbeirat • Wissenschaftliche Dienste (des Deutschen Bundestages)
<p>Gesamt</p>	<ul style="list-style-type: none"> • 57 Organisationen (Rücklaufquote 54%)

Quelle: Eigene Darstellung.

3.1 Grundlagen und Struktur politikberatender Organisationen

Die Ergebnisse der Erhebung mittels öffentlich zugänglicher Informationen zu den 57 betrachteten Organisationen sind in einer Datenbank gesammelt und statistisch ausgewertet worden. Die folgenden Ausführungen enthalten zentrale Aspekte zur „formalen“ Struktur der Politikberatung im Politikfeld Alterssicherung.

Gründungsphasen

Die betrachteten Organisationen sind zu unterschiedlichen Zeitpunkten gegründet worden. Insgesamt ist die Verteilung hinsichtlich der vier abgegrenzten Gründungsphasen relativ gleich (Tabelle 6). Insbesondere bei den akademischen sowie bei den advokatorischen Organisationen ist jedoch ein deutlicher Anstieg der Neugründungen seit den 1990er Jahren festzustellen. Demgegenüber handelt es sich bei den interessenverbandsnahen Organisationen im Wesentlichen um „alteingesessene“ Organisationen, die bereits in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts gegründet wurden und auf eine entsprechend lange Tradition und Erfahrung zurückgreifen können. Die Gründung von Organisationen der dauerhaft internen Politikberatung wie auch von parteinahen Organisationen ist eng an politisch-institutionelle Entwicklungen gekoppelt, z. B. wurden die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages 1949 nach der Gründung des Deutschen Bundestages ins Leben gerufen, die Rosa Luxemburg-Stiftung wurde 1992 von der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) – heute DIE LINKE – als parteinahe, bundesweit tätige Stiftung anerkannt.

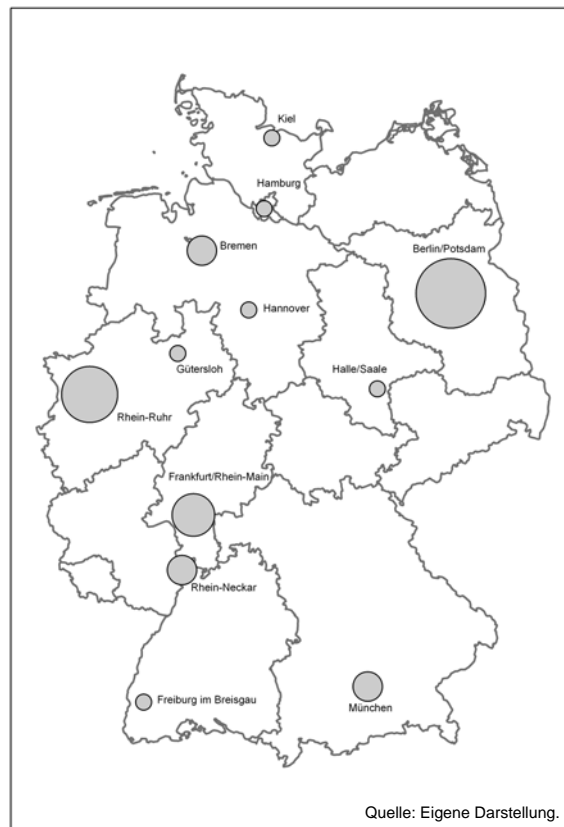
Tabelle 6: Gründungsphase

	Gründungsjahr							
	vor 1950		1950-1969		1970-1989		seit 1990	
Akademische Organisationen (n=17)	5	29%	3	18%	2	12%	7	41%
Advokatorische Organisationen (n=13)	3	23%	1	8%	4	31%	5	38%
Interessenverbandsnahe Org. (n=16)*	7	44%	3	19%	3	19%	3	19%
Parteinahe Organisationen (n=6)	1	17%	3	50%	0	0%	2	33%
Interne Politikberatung (n=4)	1	25%	2	50%	1	25%	0	0%
Gesamt (n=56)*	17	30%	12	21%	10	18%	17	30%

Quelle: Eigene Darstellung; Anm.: * abweichende Grundgesamtheit (keine Angaben für eine Organisation)

Räumliche Verteilung

Innerhalb der Bundesrepublik konzentriert sich die rentenpolitische Politikberatung im Wesentlichen auf die Hauptstadt Berlin. Dort sind knapp 40% der betrachteten Organisationen angesiedelt. Daneben kommt den Regionen Rhein-Ruhr, Rhein-Neckar, Rhein-Main eine hohe Bedeutung zu. Aus dem ostdeutschen Raum ist lediglich eine Organisation vertreten ist, aber auch im Süden befinden sich auffällig wenige Organisationen (Abbildung 1).

Abbildung 1: Räumliche Verteilung

Bei der räumlichen Verteilung bestehen deutliche Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Organisationstypen (Tabelle 7): Die Konzentration auf die Bundeshauptstadt ist bei den interessenverbandsnahen Organisationen besonders stark ausgeprägt: Deutlich mehr als die Hälfte dieser Organisationen hat ihren Hauptsitz in Berlin, während sie im Osten und Norden der Republik gar nicht anzutreffen sind. Gleiches gilt für die parteinahen Organisationen und die interne Politikberatung, die gleichermaßen zur Hälfte in Berlin angesiedelt sind, aber weder im Osten noch im Norden. Demgegenüber sind die akademischen Organisationen – insbesondere aufgrund ihrer Anbindung an Universitäten – über das gesamte Bundesgebiet verteilt. Organisationen der Politikberatung siedeln sich in der Regel dort an, wo die für sie relevanten politischen Entscheidungen gefällt werden (Wehlauf 2009: 240ff.). Da es sich bei der Rentenpolitik in der Regel um Bundesgesetzgebung handelt, ist es folglich nahe liegend, dass die betrachteten Organisationen die räumliche Nähe zum politischen Entscheidungszentrum in Berlin suchen. So ist es seit dem Regierungsumzug von Bonn nach Berlin auch bei vielen Organisationen zu einer Verlegung des Hauptsitzes gekommen (so z. B. Sozialverband Deutschland, Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft); andere wiederum betreiben zusätzlich zum regulären Hauptsitz eine Hauptstadtrepräsentanz oder ein Verbindungsbüro in Berlin (so z. B. Bundesverband Investment und Asset Management, Deutsche Bank Research, Hanns Seidel-Stiftung, Rheinisch Westfälisches Institut

für Wirtschaftsforschung). Einige unterhalten zusätzlich zu Hauptsitz oder Dependence in Berlin aufgrund der hohen Relevanz der europäischen Gesetzgebung für das nationale Recht ein Verbindungsbüro in der „Lobbyhauptstadt“ Brüssel (z. B. Bertelsmann-Stiftung, Institut der Deutschen Wirtschaft Köln, Bundesverband deutscher Banken, Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft).

Tabelle 7: Räumliche Konzentration

	Hauptsitz ³											
	Berlin		Mitte-West		Süd-West		Norden		Süden		Osten	
Akademische Org. (n=17)	4	24%	6	35%	2	12%	2	12%	2	12%	1	6%
Advokatorische Org. (n=13)	3	23%	4	31%	2	15%	4	31%	0	0%	0	0%
Interessensvermittlung (n=17)	10	59%	1	6%	5	29%	0	0%	1	6%	0	0%
Parteinah Org. (n=6)	3	50%	2	33%	0	0%	0	0%	1	17%	0	0%
Interne Politikberatung (n=4)	2	50%	0	0%	2	50%	0	0%	0	0%	0	0%
Gesamt (n=57)	22	39%	13	23%	11	19%	6	11%	4	7%	1	2%

Quelle: Eigene Darstellung.

Personelle Ausstattung

Der Blick auf die personelle Ausstattung – soweit öffentlich zugänglich – zeigt, dass der Großteil der Organisationen mehr als 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (Tabelle 8). Die advokatorischen Organisationen sind eher „klein“, während die interessenverbandsnahen Organisationen personell „breit“ aufgestellt sind. Die parteinahen Organisationen verfügen aufgrund der weltweit unterhaltenen Auslandsbüros über eine hohe Personalausstattung (z. B. ist die Konrad-Adenauer-Stiftung in über 120 Ländern vertreten).

Tabelle 8: Personelle Ausstattung

	Anzahl der Mitarbeiter/innen									
	<10		10-19		20-49		50-99		>100	
Akademische Organisationen (n=14)*	0	0%	1	7%	5	36%	4	29%	4	29%
Advokatorische Org. (n=7)*	3	43%	1	14%	0	0%	1	14%	2	29%
Interessenverbandsnahe Org. (n=8)*	1	13%	1	13%	0	0%	3	38%	3	38%
Parteinah Organisationen (n=4)*	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%	4	100%
Interne Politikberatung (n=2)*	0	0%	0	0%	2	100%	0	0%	0	0%
Gesamt (n=35)*	4	11%	3	9%	7	20%	8	23%	13	37%

Quelle: Eigene Darstellung; Anm.: * abweichende Grundgesamtheit (keine Angaben für 22 Organisationen).

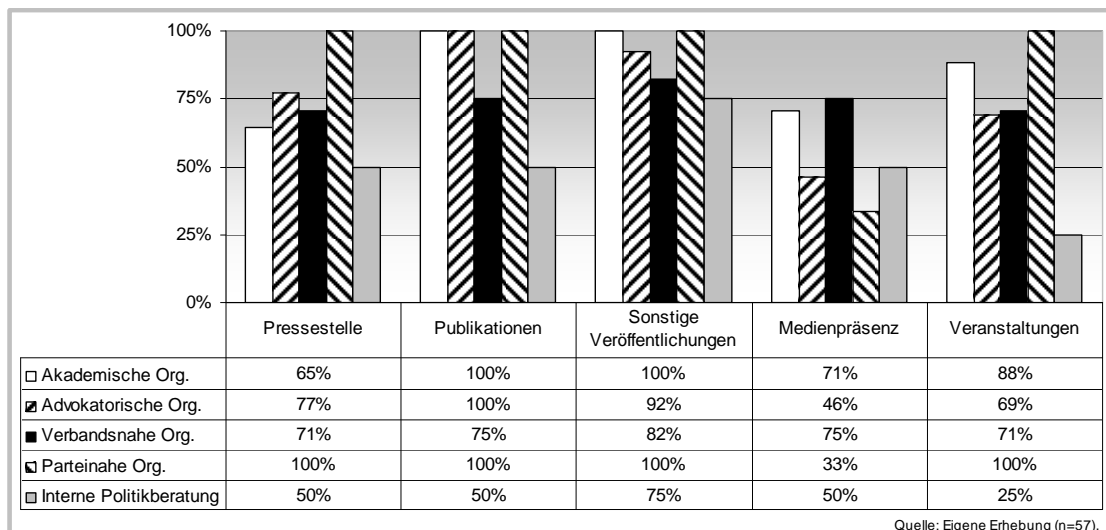
³ Berlin = Berlin und Potsdam; Mitte-West = Bonn, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gütersloh, Köln, St. Augustin; Süd-West = Frankfurt/Main, Heidelberg, Mannheim, Oberursel, Wiesbaden; Norden = Bremen, Hamburg, Hannover, Kiel; Süden = Freiburg, München; Osten = Halle.

Die personelle Ausstattung der Organisationen im Themenbereich Rente ist grundsätzlich nicht besonders stark ausgeprägt, abgesehen von den auf diesen Bereich fokussierten Organisationen (Deutsche Rentenversicherung Bund, Deutsches Institut für Altersvorsorge).

Transferaktivitäten

Für die Wirksamkeit von Politikberatung spielt eine Rolle, auf welche Weise und in welcher Intensität Organisationen ihre Expertise an die jeweiligen Adressaten richten. Das Ausmaß der Transferaktivitäten lässt sich an den folgenden Kriterien ablesen: Das Kriterium „Pressestelle“ ist erfüllt, wenn eine eigene Pressestelle existiert, oder ein/e Pressereferent/in für Öffentlichkeitsarbeit (auch in Grundzügen) eine Medienstrategie verfolgt. Bei „Publikationen“ handelt es sich um wissenschaftliche Beiträge von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Organisation in Sammelbänden, Fachzeitschriften, Journals. „Sonstige Veröffentlichungen“ liegen vor, wenn die Organisation regelmäßig Newsletter, policy-briefs oder Informationsbroschüren erstellt und vertreibt. Die „Medienpräsenz“ kann daran abgelesen werden, ob die Organisation gezielt die Medien nutzt, um Einfluss auf die Politik und/oder die öffentliche Meinung zu nehmen, z. B. indem Namensbeiträge für Zeitungen und Magazine verfasst werden, bei denen die Organisationszugehörigkeit des Autors herausgestellt wird. Das Kriterium „Veranstaltungen“ lässt sich daran ablesen, ob die Organisation selbst (wissenschaftliche) Konferenzen und Tagungen ausrichtet, oder auch Fortbildungsveranstaltungen für politische Vertreter oder andere Gruppen (Beamte, Journalisten) anbietet.

Abbildung 2: Transferaktivitäten



Aus der Abbildung wird ersichtlich, dass die identifizierten Organisationen in den relevanten Bereichen fast durchgängig Werte zwischen 70% und 100% aufweisen, was auf hohe Transferaktivitäten schließen lässt. Einzig die interne Politikberatung weist hier relativ niedrige Werte auf, was sich aber auch damit erklären lässt, dass hier unzweifelhaft „nur“ die

(wissenschaftliche) Beratung und weniger der Transfer und damit auch die Interessenvermittlung im Vordergrund stehen. Dagegen gehören diese Transferaktivitäten für die anderen Organisationstypen zum „Tagesgeschäft“. Auffällig ist allerdings die Tatsache, dass die Medienpräsenz nur sehr schwach ausgeprägt ist, und hier nur die akademischen und interessenverbandsnahen Organisationen Werte von über 70% aufweisen. Inwieweit diese Aktivitäten und Maßnahmen allerdings zielgerichtet, d. h. konkret zu Zwecken der Politikberatung, eingesetzt werden, lässt sich an dieser Stelle nicht hinreichend beantworten.

Thematische und rentenpolitische Schwerpunkte

Bei den identifizierten Organisationen ist mindestens einer der Themenbereiche Alterssicherung, Arbeitsmarkt, Einkommensverteilung, Familie, Internationales, Sozialstaat, Wirtschaft und Finanzen von besonderer Relevanz. Allerdings gilt es zu berücksichtigen, dass zwischen den Themenbereichen und Politikfeldern keine strikten Grenzen verlaufen. Ähnlich verhält es sich mit den rentenpolitischen Schwerpunkten, die ebenfalls nicht immer trennscharf voneinander abzugrenzen sind, namentlich Gesetzliche Rentenversicherung, Betriebliche Altersversorgung, Riester-Rente, Sonstige Altersvorsorge, Immobilien. Einige der Organisationen weisen ein überaus breites Themenspektrum auf, wohingegen andere sich auf einige wenige thematische Nischen konzentrieren. Bei den Organisationen, die thematisch breit aufgestellt sind, stellt Rentenpolitik ein Thema unter vielen dar. Nur wenige Organisationen befassen sich ausschließlich oder primär mit Fragen der Alterssicherung (wie z. B. Deutsche Rentenversicherung Bund, Deutsches Institut für Altersvorsorge).

Abbildung 3: Rentenpolitische Schwerpunkte

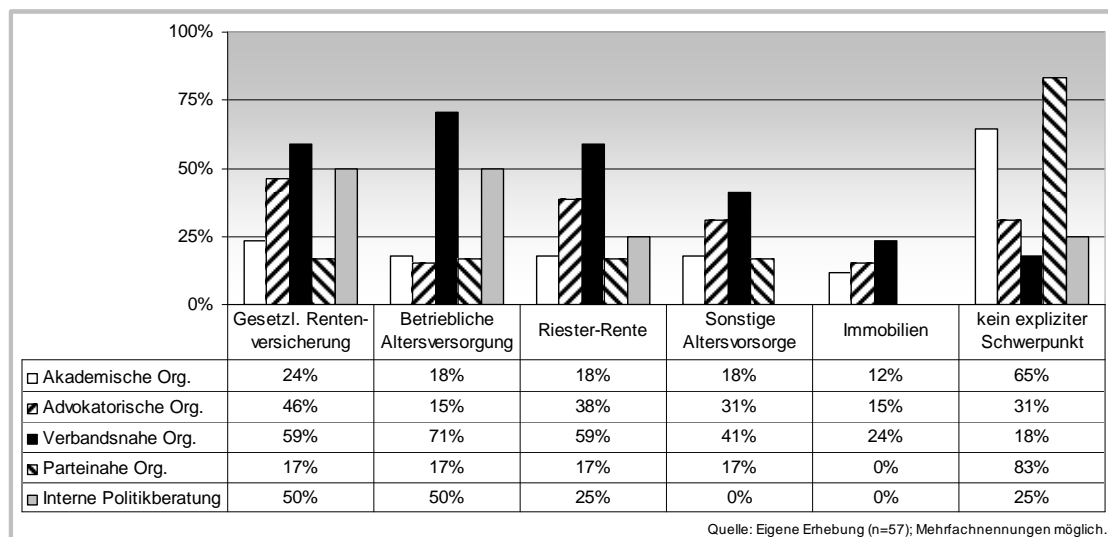


Abbildung 3 verdeutlicht, dass die interessenverbandsnahen Organisationen in jedem rentenpolitischen Themenbereich deutlich überdurchschnittliche Werte aufweisen. Diese sind bei den aufgeführten rentenpolitischen Themen besonders breit aufgestellt. Auch die advo-

katorischen Organisationen weisen eine Schwerpunktsetzung im Politikfeld Alterssicherung auf, die auf umfangreiche fachliche und personelle Ressourcen schließen lässt. Demgegenüber sind die akademischen Organisationen in allen spezifischen Rententhemen relativ schwach vertreten. Knapp zwei Drittel der akademischen Organisationen verfolgen keinen expliziten rentenpolitischen Schwerpunkt bzw. bearbeiten dieses Politikfeld nur partiell, als Randthema oder fallweise. Dies gilt in der Mehrzahl auch für die „großen“ Wirtschaftsforschungsinstitute. Die parteinahen Stiftungen, die ein breites Themenspektrum abdecken, verfügen überwiegend ebenfalls über keinen rentenpolitischen Schwerpunkt.

3.2 Selbsteinschätzung politikberatender Organisationen

Die nachfolgende Auswertung basiert auf den Ergebnissen der schriftlichen Befragung, die mit einem Fragebogen durchgeführt worden ist. Der erste Teil des Fragebogens beinhaltet eine Selbsteinschätzung durch die Organisationen hinsichtlich ihrer Arbeitsschwerpunkte, Zielgruppen, Betätigungsfelder und Finanzierung. Der zweite Teil des Fragebogens enthielt „offene Fragen“ ohne konkrete Antwortmöglichkeiten, bei denen die befragten Organisationen die Ausführlichkeit wie auch die Ausrichtung der Beantwortung frei wählen konnten. Eine Differenzierung hinsichtlich der unterschiedlichen Organisationstypen erfolgt aufgrund der geringen Grundgesamtheit nicht durchgängig, aber partiell.

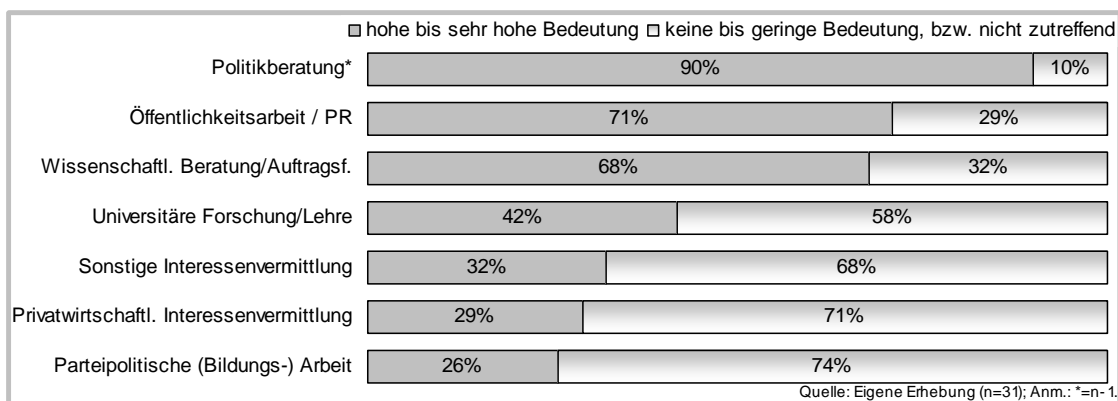
3.3.1 Geschlossener Fragenkatalog

Der erste Teil des Fragebogens enthielt voll standardisierte, geschlossene Fragen. Wesentliches Erkenntnisinteresse der Fragen war die Ermittlung von Informationen über Arbeitsschwerpunkte, Zielgruppen und Adressaten der Organisation, sowie Aktivitäten zur Umsetzung der Organisationsziele und deren Finanzierung. Die Organisationen konnten den Grad der Bedeutung durch Ankreuzen auf einer fünffach abgestuften Skala angeben. Zur Auswahl standen die Antwortmöglichkeiten „sehr hohe Bedeutung“, „hohe Bedeutung“, „geringe Bedeutung“, „keine Bedeutung“ sowie „nicht zutreffend“. Optional konnten weitere Bereiche angegeben werden („Sonstiges“ mit Freifeld). Bei den folgenden Abbildungen werden die Antwortmöglichkeiten „sehr hohe Bedeutung“ und „hohe Bedeutung“ einerseits sowie „geringe Bedeutung“, „keine Bedeutung“ und „nicht zutreffend“ andererseits jeweils zusammengefasst. Ergänzend werden die prozentualen Angaben für jeden Antwortbereich tabellarisch aufgeführt. Bei der graphischen wie tabellarischen Darstellung sind die Antworten absteigend nach prozentualer Häufigkeit der Bedeutung bzw. Nennung sortiert. Die dargestellten Ergebnisse basieren auf den Antworten der 31 an der Befragung teilnehmenden Organisationen. Abweichungen der Grundgesamtheit ergeben sich, da nicht alle Organisationen jede Frage beantwortet hat.

Arbeitsschwerpunkte

Bei der Erhebung zur Bedeutung von Arbeitsschwerpunkten ging es im Wesentlichen um den Gründungszweck sowie die konzeptionelle Ausrichtung. Drei Arbeitsbereiche werden von den Organisationen als besonders bedeutend eingestuft (Abbildung 4). 90% der Organisationen messen dem Arbeitsschwerpunkt „Politikberatung“ eine hohe bis sehr hohe Bedeutung bei (53% sehr hohe Bedeutung; 37% hohe Bedeutung; vgl. Tabelle 9). Der zweite Arbeitsbereich mit besonders hoher Bedeutung ist „Öffentlichkeitsarbeit/PR“ (71%), an dritter Stelle steht „Wissenschaftliche Beratung/Auftragsforschung“ (68%). Deutlich weniger als die Hälfte der befragten Organisationen messen dem Arbeitsschwerpunkt der (universitären) Forschung und Lehre eine hohe Bedeutung bei.⁴

Abbildung 4: Bedeutung der Arbeitsschwerpunkte



Die Ergebnisse verdeutlichen, dass sich die Arbeitsschwerpunkte stark ähneln, auch weitgehend unabhängig vom Organisationstyp. Besonders bemerkenswert ist die hohe Bedeutungszuschreibung zum Bereich der Öffentlichkeitsarbeit/Public Relations. Dass die Bereiche der Politikberatung und wissenschaftlichen Beratung/Auftragsforschung nahezu ausnahmslos von hoher bis sehr hoher Bedeutung sind, überrascht indes weniger. Schließlich wurden bei der Befragung gezielt jene Organisationen kontaktiert, die mit hoher Wahrscheinlichkeit Politikberatung betreiben. Neben den Gemeinsamkeiten zeugen die Ergebnisse zugleich von deutlichen Unterschieden: Drei Bereiche – parteipolitische Bildungsarbeit, privatwirtschaftliche oder sonstige Interessenvermittlung – haben für die deutliche Mehrheit der Organisationen kaum Bedeutung, stellen für andere aber den primären Organisationszweck dar (so z. B. für parteinahe oder interessenverbandsnahe Organisationen).

⁴ Als weitere, nicht im Fragebogen vorgegebene Arbeitsschwerpunkte wurden die Bereiche „Dienstleistungen für Mitglieder/Mitgliederinformation“, „Austausch, Konsensbildung“, „Verwaltungstätigkeit“, „Sozialberatung“ sowie „Informations- und Bildungsarbeit“ von jeweils einer Organisation angeführt.

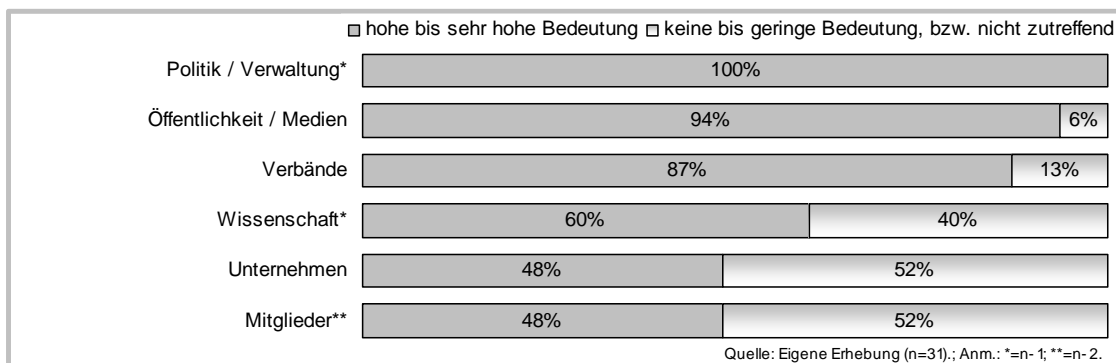
Tabelle 9: Bedeutung der Arbeitsschwerpunkte

„Wie beurteilen Sie die Bedeutung der folgenden Tätigkeitsbereiche für Ihre Organisation/Einrichtung?“	sehr hohe Bedeutung	Hohe Bedeutung	geringe Bedeutung	keine Bedeutung
Politikberatung*	53%	37%	7%	3%
Öffentlichkeitsarbeit / PR	35%	35%	23%	6%
Wissenschaftl. Beratung/Auftragsforsch.	32%	35%	13%	19%
Universitäre Forschung und Lehre	26%	16%	16%	42%
Sonstige Interessenvermittlung	13%	19%	10%	58%
Privatwirtschaftl. Interessenvermittlung	6%	23%	3%	68%
Parteilpolitische (Bildungs-)Arbeit	23%	3%	16%	58%

Quelle: Eigene Erhebung (n=31); Anm.: * = n-1.

Zielgruppen

Die zweite Frage zielte auf die Bedeutung von bestimmten Zielgruppen als Adressaten für die Arbeit der Organisationen ab, die seitens der Organisationen sehr eindeutig beantwortet wird: 100% der befragten Organisationen geben an, dass der „Politik und Verwaltung“ eine hohe bis sehr hohe Bedeutung als Zielgruppe zu kommt (hohe Bedeutung 27%, sehr hohe Bedeutung 73%; siehe Tabelle 10). Nahezu ebenso wichtig sind die „Öffentlichkeit und Medien“ mit 94% und die „Verbände“ mit 87%.⁵

Abbildung 5: Bedeutung der Zielgruppen

Damit sind die Politik/Verwaltung und Öffentlichkeit eindeutig die primären Adressaten. Zudem verdeutlichen die Ergebnisse die hohe Relevanz der Verbände, die als Multiplikatoren gegenüber den Mitgliedern aber auch als einflussreiche Akteure gegenüber der Politik eingestuft werden. Der niedrigste Wert fällt den Unternehmen zu, der aber mit knapp 50% noch immer vergleichsweise hoch ist. Hinsichtlich der Bedeutung der Mitglieder gilt zu be-

⁵ Neben den vorgegebenen Zielgruppen wurden „Nichtmitglieder/Interessierte“, „Kunden (Beitragszahler/innen, Rentner/innen)“ sowie „Bürger/innen und Verbraucher/innen“ genannt.

rücksichtigen, dass diese nur für Organisationen eine Rolle spielen, die auf Mitgliedschaft basieren.

Tabelle 10: Bedeutung der Zielgruppen

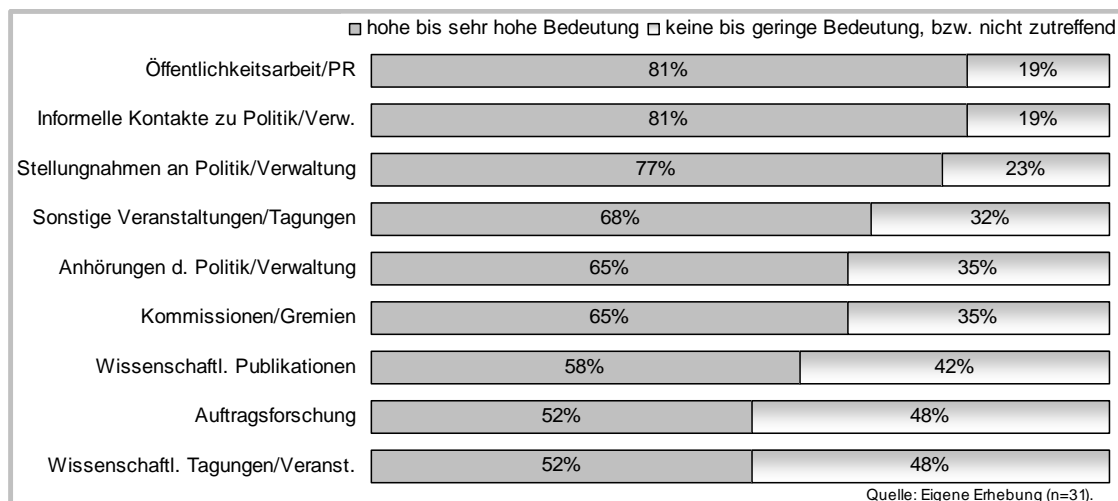
„Welche Bedeutung kommt den folgenden Zielgruppen als Adressaten ihrer Tätigkeiten zu?“	sehr hohe Bedeutung	hohe Bedeutung	Geringe Bedeutung	Keine Bedeutung
Politik und Verwaltung*	73%	27%	0%	0%
Öffentlichkeit und Medien	48%	45%	6%	0%
Verbände	35%	52%	13%	0%
Wissenschaft*	30%	30%	33%	7%
Unternehmen	13%	35%	45%	6%
Mitglieder**	34%	14%	10%	41%

Quelle: Eigene Erhebung (n=31); Anm.: * = n-1, ** = n-2.

Betätigungsfelder

Die Organisationen sind zur Umsetzung ihrer Schwerpunkte auf ganz unterschiedlichen Betätigungsfeldern aktiv. An vorderster Stelle stehen „Öffentlichkeitsarbeit/PR“ sowie „informelle Kontakte zu Politik/Verwaltung“. 81% der befragten Organisationen geben an, dass den Betätigungsfeldern eine „hohe“ bis „sehr hohe Bedeutung“ zukommt. An zweiter Stelle stehen „schriftliche Stellungnahmen an Politik/Verwaltung“, denen mehr als drei Viertel der Organisationen eine hohe Bedeutung beimisst. Etwa zwei Drittel gibt an, dass „sonstige Veranstaltungen/Tagungen“ (68%), „Anhörungen der Politik/Verwaltung“ sowie „Beteiligung an Kommissionen und Gremien (65%) bedeutende Betätigungsfelder sind.⁶

Abbildung 6: Bedeutung der Betätigungsfelder



⁶ Sonstige Betätigungsfelder sind Kontakt zu „NGOs“ sowie „Renten-/Reha-Sachbearbeitung“.

Insgesamt nutzen die Organisationen ein breites Spektrum an Instrumenten, wobei die drei Bereiche mit der höchsten Bedeutungszuschreibung unterschiedlicher kaum sein könnten: Öffentlichkeitsarbeit/PR richtet sich über die Medien an die Bürgerinnen und Bürger wie auch an die politischen Akteure. Inwieweit dieses Instrument gezielt zur Politikberatung in dem hier verstandenen Sinne eingesetzt wird, geht aus den Angaben jedoch nicht hervor. Vielmehr ist dieser Konnex bei den informellen Kontakten gegeben, die sich direkt an die Akteure in Parlament, Regierung und Verwaltung richten und auf die Überzeugungskraft im persönlichen Gespräch setzen.⁷ Der dritte Bereich mit besonders hoher Bedeutung – „Schriftliche Stellungnahmen“ – wiederum ist ein stark institutionalisiertes Instrument, bei dem die (politischen) Inhalte formal in den politischen Prozess eingebracht werden.

Tabelle 11: Bedeutung der Betätigungsfelder

„Welche Bedeutung haben die folgenden Betätigungsfelder bei der Umsetzung ihrer Arbeitsschwerpunkte?“	sehr hohe Bedeutung	hohe Bedeutung	geringe Bedeutung	keine Bedeutung
Öffentlichkeitsarbeit/PR	42%	39%	16%	3%
Informelle Kontakte zu Politik/Verwaltung	39%	42%	10%	10%
Schriftl. Stellungnahmen an Politik/Verwaltung	39%	39%	23%	0%
Sonstige Veranstaltungen/Tagungen	19%	48%	16%	16%
Expertenanhörungen durch Politik/Verwaltung	32%	32%	26%	10%
Kommissionen/Gremien	16%	48%	29%	6%
Wissenschaftliche Publikationen	45%	13%	29%	13%
Auftragsforschung	19%	32%	26%	23%
Wissenschaftliche Veranstaltungen/Tagungen	16%	35%	29%	19%

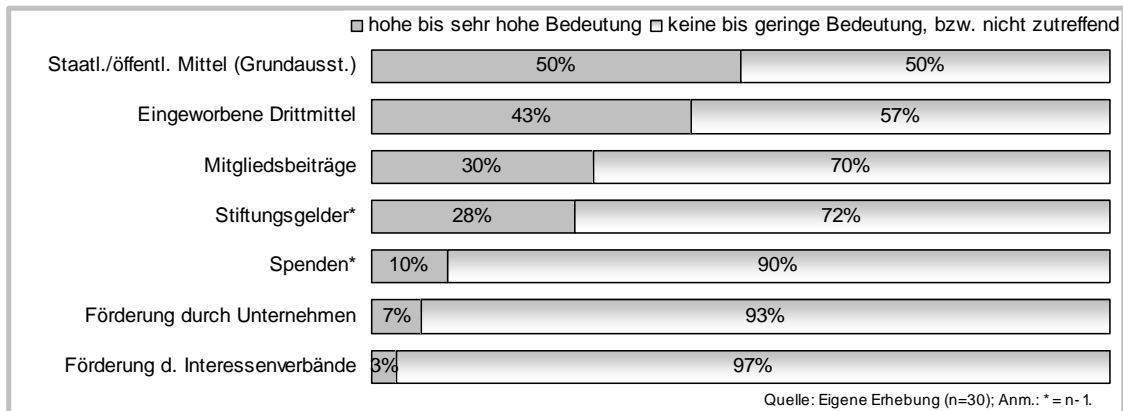
Quelle: Eigene Erhebung (n=31).

Finanzierung

Die Bedeutung einzelner Finanzierungsformen der Organisationen wurde durch eine geschlossene Frage erhoben. Von den sieben vorgeschlagenen Finanzierungsquellen weist keine eine herausragende Relevanz auf (Abbildung 7):⁸ Zwar wird der Finanzierung über „staatliche, öffentliche Mittel (als Grundausstattung)“ die höchste Bedeutung beigemessen, aber auch hier beträgt der Wert „nur“ 50%. Weitere relevante Finanzierungsbereiche sind „eingeworbene Drittmittel“ (43%), Mitgliedsbeiträge (30%) sowie Stiftungsgelder (28%).

⁷ Eine Organisation weist darauf hin, dass der Begriff „informelle Kontakte“ negativ – im Sinne von unlauterer Einflussnahme, Korruption – besetzt sei; die Organisation selbst bevorzugt den Begriff „persönliche Kontakte“ – im Sinne von direkten Gesprächen mit Entscheidungsträgern.

⁸ Fragen der Finanzierung werden eher verhalten beantwortet, da sie zu einem der sensibelsten Bereiche einer Organisation zählt. Im Freifeld wurden weitere Finanzierungsformen benannt (z. B. „Produktverkauf, Dienstleistungen“, „Versichertenbeiträge, Bundeszuschuss“ sowie „Kostenbeiträge“).

Abbildung 7: Bedeutung der Finanzierungsformen

Auch für die einzelnen Organisationstypen lassen sich keine markanten Unterschiede erkennen. Die dominierenden Finanzierungsquellen sind über die unterschiedlichen Organisationstypen relativ breit gestreut, obgleich z. B. Mitgliedsbeiträge und Spenden keine Bedeutung für akademische Organisationen spielen. Für diese Organisationen ist aber zu konstatieren, dass die Finanzierung über staatliche/öffentliche Mittel dominiert und den eingeworbenen Drittmitteln eine hohe Bedeutung beigemessen wird. Diese Erkenntnis deutet an, dass diese Organisationen die Haushaltskürzungen bei Bund und Ländern durch eine erhöhte Einwerbung von Drittmitteln kompensieren (müssen). Angesichts dieser allgemeinen Entwicklung stellt sich die Frage, inwieweit eine finanziell unabhängige Forschung und Politikberatung im Politikfeld Alterssicherung dauerhaft gewährleistet werden kann.

Tabelle 12: Bedeutung der Finanzierungsformen

„Welche Bedeutung haben die folgenden Finanzierungsquellen für Sie?“	sehr hohe Bedeutung	hohe Bedeutung	geringe Bedeutung	keine Bedeutung
Staatl. / öffentl. Mittel (Grundausstattung)	37%	13%	3%	47%
Eingeworbene Drittmittel	27%	17%	20%	37%
Mitgliedsbeiträge	30%	0%	10%	60%
Stiftungsgelder*	3%	24%	7%	66%
Spenden*	7%	3%	28%	62%
Förderung durch Unternehmen	7%	0%	17%	77%
Förderung durch Interessenverbände	3%	0%	20%	77%

Quelle: Eigene Erhebung (n=30); Anm.: * = n-1.

3.3.2 Offene Fragestellungen

Im zweiten Teil des Fragebogens wurden „offene Fragen“ gestellt („Freitext“). Die Fragestellungen dienten der Ermittlung der inhaltlichen Ausrichtung der Organisationen in der Rentenpolitik und die hierzu aktuellen und geplanten Aktivitäten, deren Einbindung in rentenpolitische Entscheidungsprozesse sowie die Selbsteinschätzung bezüglich der Wirk-

samkeit der Politikberatung der eigenen und anderer Organisationen. Aufgrund der Freiheitsgrade bei offen gestellten Fragen werden die Antworten primär qualitativ hinsichtlich ihre Bandbreite und Ausrichtung hin ausgewertet. Eine quantitative Aggregation und übergreifende Interpretation ist aufgrund der Vielfalt der Antworten nur eingeschränkt möglich.⁹

Aktuelle und zukünftige Themenschwerpunkte

Die erste offen gestellte Frage richtete das Augenmerk auf die inhaltlichen Themenschwerpunkte der Organisationen, ohne dass bestimmte Antwortmöglichkeiten vorgegeben wurden. Insgesamt benennen die 31 Organisationen, die an der Befragung teilgenommen haben, 114 unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte, die bei der Auswertung zu elf Themenclustern zusammengefasst wurden.

Abbildung 8: Inhaltliche Schwerpunkte und Themenfelder

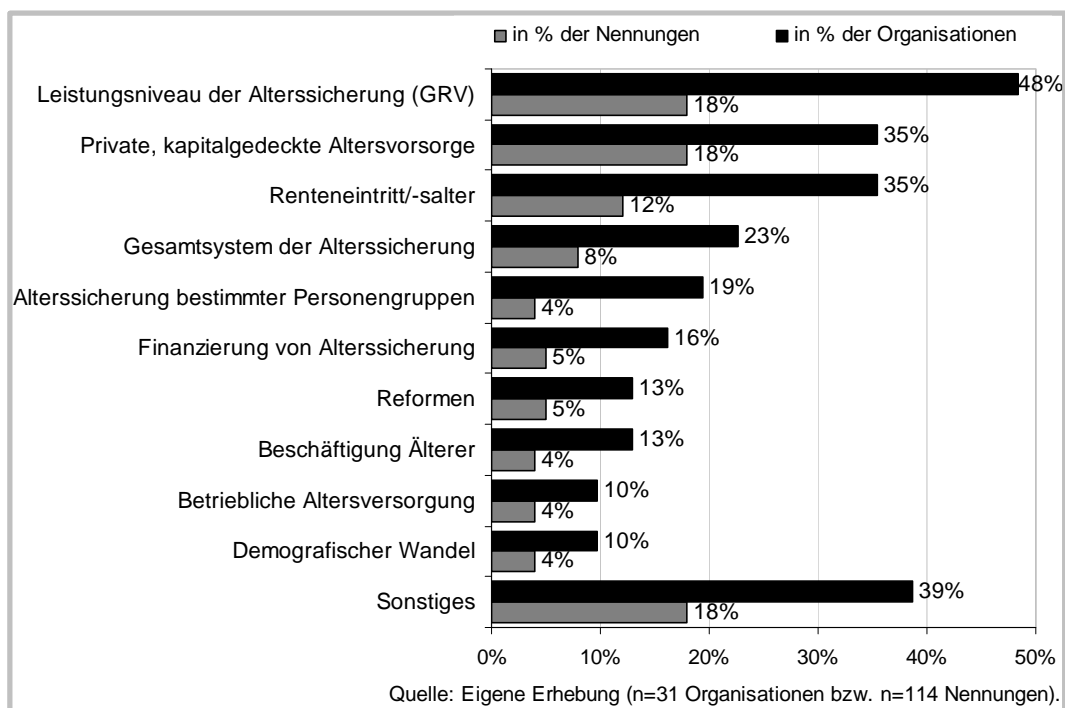


Abbildung 8 gibt die inhaltlichen Schwerpunkte und Themenfelder wider, die besonders häufig genannt wurden. Der obere Balken zeigt den Anteil der Organisationen, die mindestens einen Themenbereich aus dem jeweiligen Cluster nennen. Der untere Balken gibt den Anteil der genannten Themenbereiche an den Nennungen insgesamt an. Am häufigsten – sowohl im Hinblick auf die Anzahl der Organisationen als auch im Sinne des Anteils an den

⁹ Die Grundgesamtheit besteht aus der Anzahl der Antworten (z. B. n=93). Die prozentualen Angaben beziehen sich auf den Anteil der Antworten, der auf eine bestimmte Kategorie entfällt.

Nennungen insgesamt – werden Schwerpunkte genannt, die entweder dem Themenbereich „Leistungsniveau der Alterssicherung“ zuzuweisen sind oder einen thematischen Bezug zur „privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge“ aufweisen: Knapp die Hälfte der Organisationen nennt mindestens einen thematischen Schwerpunkt aus dem Themencluster Leistungsniveau der Alterssicherung, wie z. B. Rente mit Lebensstandardsicherung und Armutsfestigkeit, Rentenangleichung Ost-West, Erwerbsunterbrechungen und Altersversorgung. Ein gutes Drittel der Organisationen gibt mindestens einen Schwerpunkt aus dem Themencluster der „privaten Altersvorsorge“ an, wie z. B. Formen der privaten Altersvorsorge (Riester-Rente, Rürup-Rente) und deren Vermittlung, die Fortentwicklung der Rahmenbedingungen für private, kapitalgedeckte Altersvorsorge sowie die Verbesserung der Transparenz und Funktionsfähigkeit der Märkte für private Vorsorgeprodukte (Tabelle 13).

Tabelle 13: Konkretisierung der meist genannten inhaltlichen Schwerpunkte

„Welches sind Ihre derzeitigen inhaltlichen Schwerpunkte und welche Themen wollen Sie in den nächsten Jahren bearbeiten (allgemein und speziell im Politikfeld Alterssicherung)?“
(Anzahl der Nennungen)

Leistungsniveau der Alterssicherung (GRV) (21)

- Altersarmut / Unzureichende Alterssicherung / Verhinderung, Bekämpfung von Altersarmut (10)
- Rente mit Lebensstandardsicherung u. Armutsfestigkeit / Gewährleistung sozialer Sicherheit im Alter / Sicherung der Teilhabe von Rentnerinnen und Rentnern an der allgemeinen Lohn- und Wohlstandsentwicklung durch lohnorientierte Rentenanpassung mit Inflationsschutz (3)
- Renten- und Rechtsangleichung West-Ost / Rentenangleichung Ost-West (4)
- Veränderungen von Erwerbsbiografien/-unterbrechungen und deren Auswirkungen (2)
- Sonstiges (Bedarf im Alter; Nachholfaktor) (2)

Private, kapitalgedeckte Altersvorsorge (20)

- private Altersvorsorge des Massenpublikums und deren Vermittlung / Riester- und Rürup-Rente (4)
- Rolle der priv. Altersvorsorge im Drei-Säulen-System / Kombination GRV u. priv. Altersvorsorge (2)
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für kapitalgedeckte Altersvorsorge (2)
- Anlegerverhalten, Altersvorsorgesparen / Finanzdienstleistungen im Alter (2)
- Verbesserung von Beratungsqualität, Transparenz, Verbraucherschutz und Preis-Leistungs-Verhältnis auf dem Markt für Privatvorsorge / Evaluierung staatl. geförderter Vorsorgeprodukte (5)
- Transparenz u. Funktionieren der Märkte für private Vorsorgeprodukte, insb. Riester-Rente (2)
- Sonstiges (Altersvorsorge und Bildungsfinanzierung; Immobilien; steuerliche Gleichstellung) (3)

Renteneintritt/Renteneintrittsalter (14)

- „Rente mit 67“ / Anhebung von Altersgrenzen (10)
- (Flexible) Altersübergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand / Altersübergänge im Zeitablauf (4)

Quelle: Eigene Erhebung; Angabe von Nennungen (n=114).

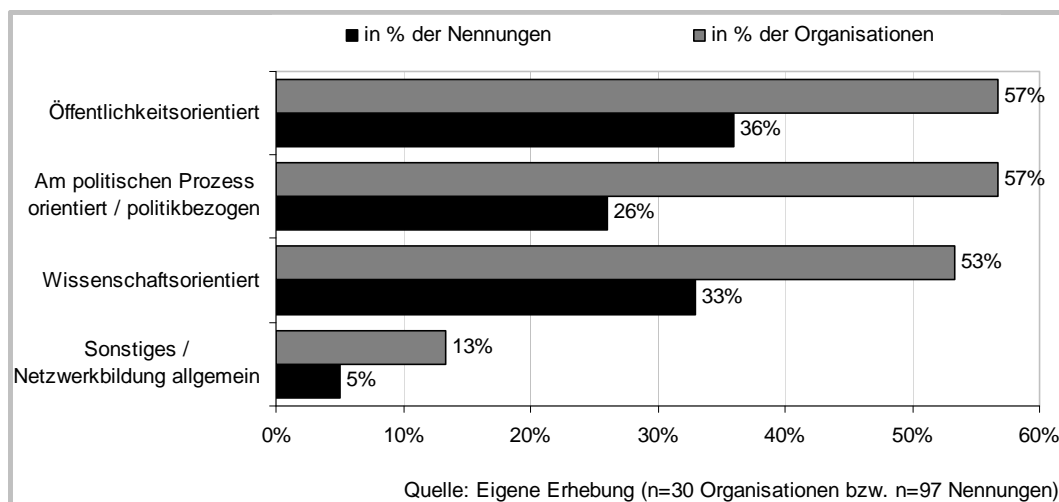
Der dritte Themenkomplex mit hoher Bedeutung (35% der Organisationen mit mind. einer Nennung bzw. 12% der Nennungen) umfasst unter dem Titel „Renteneintritt(-salter)“ Nennungen mit Bezug zum Renteneintrittsalter und dessen Anhebung („Rente mit 67“) sowie zum Übergang von der Erwerbsphase in den Ruhestand. Innerhalb der Themenkomplexe sind die beiden Einzelthemen „Altersarmut“ und „Rente mit 67“ besonders hervorzuheben, da sie allein jeweils 9% der Nennungen auf sich vereinen, bzw. da jede dritte Organisation explizit diese beiden Themen nennt. Damit spiegeln die Nennungen insbesondere die aktuellen Diskussionen über „Altersarmut“ und die Anhebung des Renteneintrittsalters wider. Sie zeugen aber auch von deutlichen Unterschieden der inhaltlichen Ausrichtung der be-

fragten Organisationen (Tabelle 13): Im Hinblick auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen der privaten Altersvorsorge wurden zum einen – aus einer eher unternehmensorientierten Sichtweise – speziell Markttransparenz und steuerliche Gleichbehandlung gefordert, um „gleiche Wettbewerbschancen“ für die Anbieter von Vorsorgeprodukten herbeizuführen. Zum anderen wurden – aus einer eher verbraucherbezogenen bzw. versichertenorientierten Perspektive – im Hinblick auf die private Altersvorsorge explizit verbraucher-schutzrelevante Aspekte genannt, wie z. B. die Verbesserung der Beratungsqualität und Transparenz von Finanzprodukten sowie des Preis-Leistungs-Verhältnisses von Vorsorgeprodukten. Eine ähnliche Bandbreite steckt auch hinter dem Begriff der „Rente mit 67“: Einige Organisationen benennen die Umsetzung der neuen Altersgrenze wie auch deren weitere Anhebung als thematischen Schwerpunkt, andere äußern Kritik an der „Rente mit 67“, da diese „vorrangig als Instrument zur Rentenkürzung“ genutzt würde.

Aktuelle und geplante Maßnahmen und Aktivitäten zur Umsetzung der Ziele

Die Antworten auf die offen gestellte Frage zu den Maßnahmen und Aktivitäten zur Umsetzung der Themenschwerpunkte lassen sich grob in vier Bereiche unterteilen: Mehr als ein Drittel der genannten Maßnahmen und Aktivitäten – gemessen an den Nennungen insgesamt – richten sich an die Öffentlichkeit (36% der Nennungen; Abbildung 9).

Abbildung 9: Maßnahmen und Aktivitäten



Hierzu zählt insbesondere „Aufklärungsarbeit“ im weitesten Sinne, wie die Erstellung und Distribution von Informationsmaterialien und Broschüren, die Organisation von öffentlichen Informationsveranstaltungen, Konferenzen und Workshops, die Bereitstellung von Informationen über das Internet sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit allgemein oder zu speziellen aktuellen Themen wie die „Rente mit 67“ (Tabelle 14). Ein weiteres Drittel der Aktivitäten ist „wissenschaftsorientiert“. Hierzu zählen die wissenschaftlichen (Auftrags-)Forschung, die Vergabe von Studien und Analysen an Dritte, die Durchführung von oder Betei-

ligung an wissenschaftlichen Tagungen, Veröffentlichungen und sonstige Maßnahmen des Wissenstransfers. Auf den Maßnahmenbereich, der sich „am politischen Prozess“ orientiert, entfällt ein gutes Viertel der Nennungen. Hierunter fallen zum einen eher institutionalisierte Formen der Politikberatung, wie z. B. (politische) Stellungnahmen und Positionspapiere, Gutachten zu politisch relevanten Fragestellungen, Teilnahme an Expertenanhörungen, Beteiligung an Kommissionen. Zum anderen aber auch der (bewusst gesuchte) informelle, persönliche Kontakt zur Fach- und Führungsebene in Politik und Verwaltung, um für die Position der jeweiligen Organisation zu „werben“ (siehe Tabelle 14).

Tabelle 14: Konkretisierung der meist genannten Maßnahmen und Aktivitäten

„Mit welchen konkreten Maßnahmen und Aktivitäten werden Sie ihre Themen in den nächsten Jahren umsetzen (allgemein und speziell im Politikfeld Alterssicherung)?“
(Anzahl der Nennungen)

Öffentlichkeitsorientiert (35)

- Öffentliche (Informations-)Veranstaltungen (einschl. Expertenworkshops), Informationsstände (12)
- Veröffentlichungen, Publikationen, Informationsmaterial, Broschüren (10)
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit / PR / Zusammenarbeit mit den Medien (9)
- Recherche, aktive Information zu allen Fragen der Alterssicherung, z. B. zur „Rente mit 67“ (3)
- Sonstiges (Internetauftritt / Beiträge und Artikel auf der Homepage) (1)

Wissenschaftsorientiert (32)

- Wissenschaftliche (Auftrags-)Forschung / (Beauftragung von) Analysen / Studien / Gutachten (13)
- Beiträge in Fachzeitschriften / Wissenschaftliche Publikationen (8)
- wissenschaftliche Tagungen / Beteiligung an Fachtagungen (5)
- Akquirieren / Anwerben von Forschungsgeldern, Drittmittelprojekte (4)
- Sonstiges (Maßnahmen des Wissenstransfers; Forschungsförderung) (2)

Am politischen Prozess orientiert / Politikbezogen (25)

- (politische) Stellungnahmen, Positionspapiere, Gutachten (8)
- Informelle Kontakte, bilaterale persönl. Gespräche (mit Fach-/Führungsebene Politik/Verwaltung) (5)
- Expertenanhörungen, Hearings, Expertengespräche, Gutachten (4)
- Begleitung von Gesetzgebungsverfahren (z. B. durch klassische Lobbyarbeit) (2)
- Instrumente der Politikberatung / (wirtschaftspolitische) Beratung (2)
- Recherchen und aktive Information / "Überzeugungsarbeit" (2)
- Sonstiges (Beteiligung an Kommissionen, Policy-orientierte Projekte) (2)

Sonstiges / Netzwerkbildung allgemein (5)

- situativ, je nach Themenstellung, Informationsaustausch und Meinungsbildung in organisationsinternen Gremien u. Arbeitsgruppen, Kooperationen, Erarbeitung von Konzepten, Studienreisen

Quelle: Eigene Erhebung (97 Nennungen durch 31 Organisationen).

Die Ergebnisse legen nahe, dass die drei Aktivitätsbereiche annähernd gleichbedeutend sind. Überraschend ist der deutlicher Schwerpunkt auch auf Maßnahmen, die sich an die Öffentlichkeit bzw. an die Bevölkerung richten. Zugleich ist bei diesen Ergebnissen zu berücksichtigen, dass gegenüber der Öffentlichkeit im Allgemeinen ein sehr viel breiteres Spektrum an Maßnahmen und Aktivitäten zur Anwendung kommt, von klassischer PR über Internetauftritte und gedruckte Broschüren bis hin zu Informationsständen, als wenn Politik und Verwaltung adressiert wird. Bei letzterer bestehen im Wesentlichen die stark formalen, institutionalisierten Formen der Politikberatung durch Anhörung und schriftliche Stellungnahme sowie die eher informellen, persönlichen Kontakte. Aus den Ergebnissen lässt sich daher zwar nicht die Bedeutung der unterschiedlichen Maßnahmen und Aktivitäten zur

Umsetzung der Themenschwerpunkte der Organisationen ablesen. Dennoch unterstreichen sie die wichtige Rolle der Öffentlichkeit bei der Politikberatung, da nicht ausschließlich politikbezogene, am politischen Prozess und den entsprechenden Akteuren ausgerichtete Maßnahmen zur Anwendung kommen, sondern insbesondere auch öffentlichkeitswirksame Aktivitäten. Schließlich sind auch politische Akteure Teil der Öffentlichkeit. Zudem kann – auch bei mangelndem Zugang zu Politik und Verwaltung – über eine informierte Medienberichterstattung und mobilisierte Öffentlichkeit auf die Politik eingewirkt werden, auch wenn dies keine originäre Form der „Politikberatung“ darstellt.

Beteiligung an rentenpolitisch relevanten Entscheidungen

Gefragt nach der Beteiligung an rentenpolitisch relevanten Entscheidungsprozessen, antwortet der Großteil der Organisationen sehr eindeutig mit dem Hinweis auf bestimmte Beteiligungsverfahren bei konkreten Reformprozessen (19 Organisationen bzw. 61% der Organisationen). Vier Organisationen weisen auf „indirekte“ Beteiligungsformen hin, sieben geben an, dass sie nicht an entsprechenden Entscheidungen partizipieren (Tabelle 5).

Tabelle 15: Beteiligung an rentenpolitisch relevanten Entscheidungen

„War bzw. ist Ihre Organisation an rentenpolitisch relevanten Entscheidungen beteiligt? Wenn ja, bei welchen Entscheidungen und auf welche Weise fand die Beteiligung statt?“
(Anzahl der Nennungen)

Keine direkte Beteiligung (7 Organisationen)

Direkte Beteiligung (19 Organisationen, 11 Formen der Beteiligung)

- Anhörungen der maßgeblichen Bundestags-Ausschusses in allen Fragen der Rentenpolitik (9)
- Beteiligung an der „Rürup-Kommission“ / Kommission zum 5. Altenbericht (5)
- Gutachten im Zusammenhang mit der Alterssicherung (u. a. im Auftrag des BMAS, BMF) / Bereitstellung von statistischem Material zur Rentenversicherung (4)
- Formelle/informelle Gespräche Kontakte mit Entscheidungsträgern aus Politik u. Verwaltung (3)
- Begleitung von Rentenreformen/Gesetzgebungsverfahren durch Stellungnahmen, Handlungsempfehlungen u. konkrete Lobbyarbeit in den Fraktionen (2)
- Mitarbeit am Gesetzgebungsverfahren und Einbringen politischer Forderungen zur privaten Altersvorsorge (in AVmG und AltEinkG), aber keine Beteiligung in Fragen der GRV (2)
- Institutionelle Einbindung / Vertretung in institutionalisiertem Beratungsgremium (2)
- Beratungsangebote (Expertisen, Beteiligung externer Berater zu konzeptionellen Fragen) (1)
- Anhörungen auf ministerieller Ebene zu rentenpolitischen Vorhaben (1)
- Erarbeitung von Informationen zu allen Fragen der Alterssicherung (1)

Indirekte Beteiligung (4 Organisationen)

- Erstellen eines Altersvorsorgereports; Entwicklung von Materialien zur finanziellen Bildung zur Altersvorsorge in Schulen/VHS; Entwicklung von sozialverträglichen Produkten der Altersvorsorge (1)
- durch unsere Mitgliedsorganisationen und deren gemeinsame Arbeit und Stellungnahmen (1)
- durch Veröffentlichung von Forschungsergebnissen zu konkreten politischen Reformen (1)
- Öffentliche Aussprache für die von der Großen Koalition beschlossene Rentenreform ("Rente mit 67"); Plädoyer für diese Reform in zahlreichen öffentlichen Auftritten und in den Medien (1)

Quelle: Eigene Erhebung (n=31; Mehrfachnennungen möglich).

Als Beteiligungsform wird besonders häufig die Anhörung von Sachverständigen in den für Fragen der Rentenpolitik relevanten Bundestagsausschüssen genannt. Zudem spielt die Beteiligung an Kommissionen sowie das Erstellen von Gutachten eine wichtige Rolle. Auch informelle wie formelle Gespräche mit politischen Entscheidungsträger/innen werden mehrfach als Form der Beteiligung an rentenpolitischen Reformprozessen genannt.

Einfluss auf politische Prozesse im Politikfeld Alterssicherung

Die Organisationen wurden gefragt, wie sie – mit oder ohne formale Beteiligung – ihren Einfluss auf politische Prozesse im Politikfeld Alterssicherung einstufen. Die Antworten fallen sehr differenziert aus: Zunächst merken mehrere Organisationen an, dass Einfluss grundsätzlich nur schwer zu messen sei. Zudem unterscheiden sie zwischen „direktem“ und „indirektem“ Einfluss. Direkter Einfluss erfolge z. B. über konkrete Beratung sowie Aufbereitung und Bereitstellung von Informationen. Indirekter Einfluss wirke sich über die Meinungsbildung der Öffentlichkeit bzw. der Mitglieder und deren Wahlverhalten aus. Da die Organisationen kein einheitliches Verständnis von Einfluss haben, geben die beiden folgenden Tabellen die Antworten auf diese Frage im Detail wider.

Tabelle 16: Einfluss auf politische Prozesse (I)

„Wie beurteilen Sie den Einfluss ihrer Organisation auf politische Prozesse im Politikfeld Alterssicherung?“ (Anzahl der Nennungen)
<p>Niedrig (bzw. nicht messbar) (10)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Nicht bekannt / Kein Einfluss / Begrenzt / (eher) gering / Expertise muss aufgebaut werden (7) - Einfluss nicht messbar, da er auf Information und interner Meinungsbildung beruht (1) - Der Einfluss ist niedrig, mit Glück fließen die Rechenbeispiele etwa zur Rente mit 67 in Anhörungen im Bundestag ein. Ansonsten beschränkt sich der Einfluss auf die Aufklärung unserer Mitglieder und deren sich anschließendes politisches (Wahl-)Verhalten (1) - Die von der Organisation vertretene Branche wird nach wie vor nicht als gleichberechtigter Produktlieferant zu Themen der Alterssicherung wahrgenommen. Die daraus resultierenden Vorbehalte in Politik und Öffentlichkeit bauen sich nur langsam ab und begrenzen die Einflussmöglichkeiten (1)
<p>Mittel hoher bis großer Einfluss (3)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Organisation ist in allen Fragen der privaten Vorsorge ein anerkannter Gesprächspartner der Politik und findet entsprechend Gehör (1) - In Einzelfragen haben wir Einfluss; insgesamt mittelprächtig (1) - Im Vergleich zu ähnlichen Organisationen unserer Größe: groß (1)
<p>Hoher bis sehr hoher Einfluss (2)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sehr hoch, insbesondere in mittel- u. längerfristiger Perspektive (z. B. „Rente mit 67“). (1) - Die wirtschaftspolitische Beratung der Organisation ist für die politische Entscheidungsfindung von hoher Relevanz. Verschiedene Mitarbeiter sind Mitglieder ministerieller Beiräte und können hier mit ihrer Kompetenz den Entscheidungsprozess sachlich beeinflussen (1)

Quelle: Eigene Erhebung (n=15).

Tabelle 16 beinhaltet die Antworten der 15 Organisationen, die durch Nennung ihrer Einschätzung zum Ausmaß des Einflusses der eigenen Organisation vergleichsweise eindeutig auf die Frage antworten. Bei der Selbsteinschätzung des Einflusses geben zehn Organisationen – und damit ein Drittel befragten Organisationen – an, dass sie keinen Einfluss haben, ihr Einfluss begrenzt, gering oder niedrig bzw. nicht messbar sei. Drei Organisationen geben an, dass sie „Gehör finden“, in „Einzelfragen“ Einfluss haben oder dass der Einfluss der Organisation, gemessen an anderen Organisationen ähnlicher Größe, vergleichsweise „groß“ sei. Zwei Organisationen stufen ihren Einfluss als „hoch“ bis „sehr hoch“ ein. Dabei wird auch auf konkrete Reformprozesse hingewiesen, bei denen Einfluss geltend gemacht werden konnte oder nicht. Zudem werden einzelne Instrumente oder Formen der Beteiligung genannt, an denen der Einfluss ablesbar sei.

Tabelle 17: Einfluss auf politische Prozesse (II)

„Wie beurteilen Sie den Einfluss ihrer Organisation auf politische Prozesse im Politikfeld Alterssicherung?“ (Anzahl der Nennungen)
<p>Benennung von Einflussformen (ohne Beurteilung des Einflusses der eigenen Organisation) (9)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Beratende Funktion für Politik u. Medien / Unterstützung durch wissenschaftliche Politikberatung / Einfluss über Informationen, Gutachten zum Politikfeld Alterssicherung (4) - Entscheidungen der MdB berücksichtigen auch die erarbeiteten Stellungnahmen (1) - Prominente Vertreter/innen aus Fraktion u. Arbeitsgruppen nehmen unsere Beratungsangebote wahr und unsere Vorschläge finden sich z. T. in Arbeits- oder Parteiprogrammen wider (1) - Im Bereich der Alterssicherung werden unsere Ergebnisse rezipiert, Expertenwissen (1) - Politikberatung hat stets nur indirekten Einfluss auf politische Entscheidungen. Wir bringen unsere Expertise auch im Politikfeld Alterssicherung ein u. gehen davon aus, dass Argumente gehört werden (1) - Der Einfluss auf die politischen Entscheidungen lässt sich darin erkennen, dass Themen wie Altersarmut oder Erwerbstätigenversicherung auf breiter Ebene diskutiert werden. Zudem wurden nach den Nullrunden der Jahre 2004-2006 Maßnahmen zugunsten der Rentnerinnen und Rentner getroffen (1) <p>Abwägung / indirekter Einfluss / Differenzierung zwischen Formen und Adressaten (7)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Organisation genießt hohe Reputation in der Politikberatung. Beiträge zur Alterssicherung finden in der Öffentlichkeit nachhaltigen Widerhall (starke mediale/politische Aufmerksamkeit; Studien werden rezipiert, Material wird im politischen Meinungsbildungsprozess genutzt, z. B. bei parlamentarischen Initiativen). Seltener sind konkrete Reformvorschläge, diese werden in der Regel aber breit rezipiert. Die öffentliche Resonanz auf vorgelegte Politikempfehlungen, Reformmodelle oder Ist-Analysen hängt trotz einer durchgängig recht umfassenden Medienberichterstattung allerdings sehr stark vom "Timing" ab. So folgen Forschungsprojekte einem eigenen zeitlichen Rhythmus, der in vielen Fällen nicht mit dem deutlich anderen Taktschlag des Politikbetriebes und der Medien übereinstimmt (1) - In der Geschichte der Organisation gab es große Einflusspotenziale auf politische Prozesse der Alterssicherung. Aktuell ist Einfluss jedoch eher informierend/reflektierend, wissenschaftsorientiert und weniger aktiv. In Medien und wissenschaftlichen Publikationen wird Stellung zu tagespolitischen Fragen (1) - nennenswerter Einfluss auf gesellschaftliche Debatten (z. B. Altersarmut, Erwerbsminderungsrente, Rente mit 67); geringer Einfluss auf Entscheidungen (wg. Abkopplung des BMAS; interessen- und ideologiegeleitete Entscheidungen des Gesetzgebers/des BMAS) (1) - Relativ große Bedeutung im Hinblick auf die Bereitstellung von Informationen als Basis für rentenpolitische Entscheidungen, eher geringer Einfluss auf die Entscheidungen selbst (1) - Bei Gesetzesvorhaben wird immer auch berücksichtigt, wie die Mitglieder der Organisation dazu stehen. Aber bei der Altersvorsorge geht es um sehr viel Geld. Oft enthalten die ersten Gesetzesentwürfe gute Vorschläge, die aber im weiteren Verfahren auf Druck der Wirtschaft abgeschwächt werden. Die Lobby der Wirtschaft ist mit höheren Mitteln ausgestattet. Von daher hat die Organisation einen hohen Einfluss, sie unterliegt aber im Wettbewerb vielfach der Lobby der Wirtschaft. Erfolge z. B. bei den Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Riester-Rente. Einige Elemente wurden „weggekickt“, z. B. die „verbindliche Verteilung“ der Abschluss- und Verwaltungsgebühren von zehn auf fünf Jahre. Das ist einer der Hauptpunkte, bei dem die Politik der Wirtschaft entgegengekommen ist (1) - Organisation bündelt Spezial-/Expertenwissen seiner Mitglieder in Fragen der kapitalgedeckten Altersvorsorge, gibt dieses Wissen an Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit weiter und unterbreitet Lösungsvorschläge für Probleme der Alterssicherung. Dabei steht die Organisation im Wettbewerb der Ideen und versucht Kraft seiner Argumente zu überzeugen, wie andere Organisationen auch. Die Gestaltung politischer Prozesse und die politische Entscheidung bleiben Legislative und Exekutive vorbehalten (1) - Einfluss auf Gewerkschaften und einige Parteien (1)

Quelle: Eigene Erhebung (n=16).

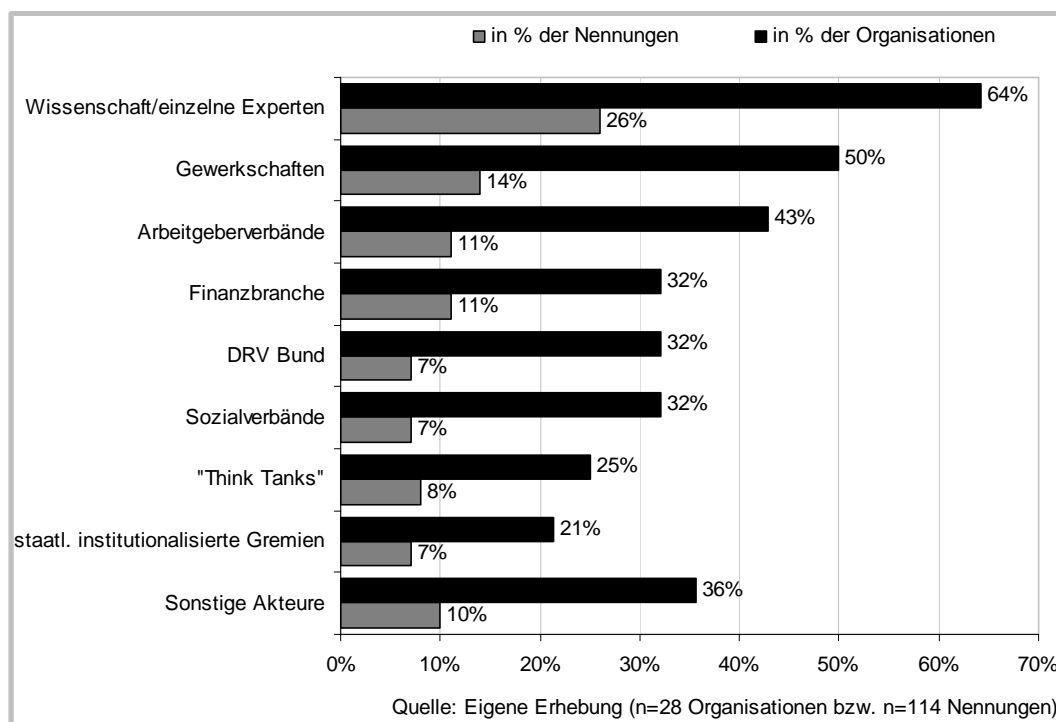
Die übrigen 16 Organisationen beantworteten die Frage weniger eindeutig, machen zum Teil aber differenzierte Ausführungen über den Einfluss der Organisation. Neun Organisationen zeigen Einflusskanäle auf, ohne aber ein Urteil über das Ausmaß des damit generierten Einflusses zu fällen (Tabelle 17). Insgesamt zeigt das Spektrum der Beantwortung dieser Frage, dass die Grenzen zwischen direktem und indirektem Einfluss auf politische Entscheidungen durch Politikberatung fließend sind und die Wirkung der einzelnen Formen der Politikberatung durchaus unterschiedlich beurteilt wird. Beispielsweise stufen einige Organisationen das „Gehört-werden“ als relevante Einflussform der Organisation ein, ande-

re hingegen nicht (vgl. Tabelle 16 mit Tabelle 17). Die Frage des Einflusses von (Organisationen der) Politikberatung bleibt daher weitestgehend ungeklärt, zumal diese nicht kurzfristig und unmittelbar, sondern in der Regel indirekt und langfristig wirkt.

Relevante Akteure der rentenpolitischen Politikberatung

Mit der Frage nach der Einschätzung der Organisationen zu relevanten Akteuren im Politikfeld lassen sich jene Akteure identifizieren, denen – seitens der befragten Organisationen – Relevanz im Politikfeld beigemessen wird. Die Frage wurde bewusst „offen“ gestellt, um eine Eingrenzung auf vorab festgelegte Organisationen zu vermeiden.

Abbildung 10: Relevante Akteure



Durch die Offenheit der Fragestellung wurden die Antworten auf einem unterschiedlich hohen Abstraktionsniveau gegeben. Insgesamt haben 28 der befragten Organisationen 123 Angaben zu relevanten Akteuren und Organisationen gemacht. Diese wurden bei der Auswertung zu zehn Akteursgruppen aggregiert. Gemessen an dem Anteil der Organisationen, die mindestens einen Akteur aus den aggregierten Akteursgruppen als relevanten Akteur nennen, misst zwei Drittel den Organisationen der Wissenschaft bzw. einzelnen Akteuren eine gewichtige Rolle bei. Die Hälfte der Organisationen benennt die Gewerkschaften und 43% der Organisationen die Arbeitgeberverbände als relevante Akteure. Ein knappes Drittel der Organisationen nennt die Finanzbranche, die Deutsche Rentenversicherung Bund oder die Sozialverbände (Abbildung 10 oberer Balken). Gemessen an der Häufigkeit der Nennung ergibt sich ein ähnliches Bild (Abbildung 10 unterer Balken, sowie Tabelle 18).

Tabelle 18: Relevante Akteure im Politikfeld

„Welche Organisationen und Akteure betreiben ihrer Meinung nach in Fragen der Rentenpolitik Politikberatung und wie schätzen sie deren Relevanz ein?“
(Anzahl der Nennungen)

Wissenschaft/Forschung (32)

- Wissenschaftliche Experten, auch Nennung einzelner Personen (z. B. Meinhard Miegel, Bernd Raffelhüschen, Axel Börsch-Supan, Hans-Werner Sinn)
- Forschung und Lehre / Universitäten / (Wirtschafts-)Forschungsinstitute, auch Nennung einzelner Institute (z. B. FZG / das „Raffelhüschen-Institut“, ifo, Zentrum für Sozialpolitik, DIW)
- nicht-unabhängige Wissenschaft (z. B. Grundfinanzierung des MEA durch GDV; DIA; einzelne Wissenschaftler, die stark von der Wirtschaft finanziert werden; Verbindung aus Wissenschaft, Think Tanks und privater Versicherungswirtschaft)

Gewerkschaften (17)

- Gewerkschaften / Interessenvertreter Arbeitnehmer / die „Sozialpartner“
- Nennung einzelner Gewerkschaften (z. B. DGB, ver.di)

Finanzbranche (13)

- Finanzdienstleister / Finanzwirtschaft
- Versicherungen und Banken bzw. deren Interessenvertretung / Private Versicherungswirtschaft
- Anbieter privater Vorsorgeprodukte (Versicherungen, Banken, Bausparkassen) und deren Verbände / Interessenvertretung (Nennung speziell des GDV)

Arbeitgeberverbände (13)

- Interessenvertreter Arbeitgeber / Arbeitgeberverbände
- Die „Sozialpartner“

Quelle: Eigene Erhebung (123 Nennungen von 28 Organisationen).

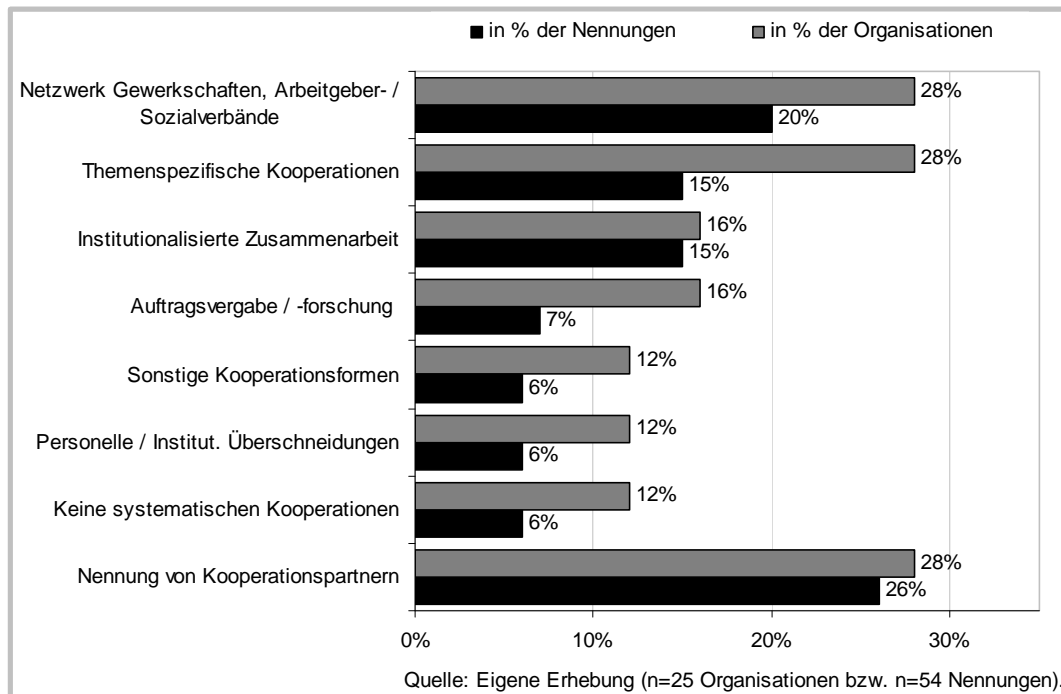
Bei der Beantwortung der Frage werden drei Organisationen namentlich benannt, die im Rahmen der Untersuchung selbst nicht kontaktiert wurden (namentlich Der Paritätische, Die Volkssolidarität, Zentraler Kreditausschuss). Von den in der Untersuchung berücksichtigten Akteuren werden seitens der befragten Organisationen nicht alle namentlich als „relevanter Akteur“ benannt, wohl aber deren Oberbegriff (wie z. B. keine namentliche Nennung eines bestimmten Instituts oder einer bestimmten Gewerkschaft, wohl aber Nennung von „wissenschaftliche Institute“ und „Gewerkschaften“ allgemein). Nur die politischen Stiftungen werden nicht als relevanter Akteur aufgeführt, bis auf eine Ausnahme: Die Bertelsmann-Stiftung wird zwar genannt, aber die Stiftung selbst hat eine Beteiligung an der Befragung mit der Begründung abgelehnt, dass sie „nicht im Politikfeld Alterssicherung auf die politische Prozesse einwirkt“ (Bertelsmann Stiftung).

Netzwerkbildung und Zusammenarbeit mit anderen Akteuren

Schließlich wurde im Rahmen der Erhebung nach der Zusammenarbeit der Organisationen mit weiteren Akteuren der Politikberatung gefragt. Drei Organisationen geben an, dass derzeit „kein institutionelles Kooperationsnetzwerk“ bzw. „keine systematische Zusammenarbeit“ mit anderen Akteuren bestünde. Die deutliche Mehrzahl der positiven Antworten spiegelt wider, dass die Organisationen gezielt die Kooperation mit anderen Akteuren suchen (Abbildung 11), wenn auch in unterschiedlicher Form und Intensität. Besonders hervorzuheben sind die mit den Gewerkschaften gespannten Netzwerke bzw. Kooperationen, z. B. das „Netzwerk für eine gerechte Rente“ (u. a. mit DGB, Sozialverband Deutschland, ver.di)

oder das „Bündnis für eine gerechte Rentenangleichung in den neuen Bundesländern“ (u. a. mit ver.di, Die Volkssolidarität, Sozialverband Deutschland).

Abbildung 11: Kooperationsformen



Zudem wird die Bedeutung der institutionalisierten Form der Zusammenarbeit von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen im Rahmen der Sozialpartnerschaft betont, sowie im Rahmen der Selbstverwaltung mit der Deutschen Rentenversicherung Bund. Drittens spielen themenspezifische Bündnisse und projektbezogene Kooperationen eine wichtige Rolle. Insgesamt erscheint die Vernetzung mit anderen Akteuren von hoher Bedeutung zu sein, um die Vorstellungen der Organisationen „gewichtiger“ einbringen zu können (Tabelle 19).

Tabelle 19: Kooperationsformen

„Inwieweit arbeitet Ihre Organisation mit anderen Akteuren zusammen, die (ebenfalls) Politikberatung in der Alterssicherung betreiben?“

(Anzahl der Nennungen)

Netzwerke zwischen bzw. Bündnisse mit Gewerkschaften, Arbeitgeber- und Sozialverbänden (11)

- intensive Zusammenarbeit / Kooperation mit Gewerkschaften und Sozialverbänden / z. B. im Rahmen der Sozialpartnerschaft / „Bündnis für eine gerechte Rentenangleichung in den neuen BL“ / „Netzwerk für eine gerechte Rente“

Institutionalisierte Zusammenarbeit (8)

- im Rahmen der Selbstverwaltung, im Sozialbeirat / im Sachverständigenrat, in Kommissionen

Fallweise, themenspezifische oder projektbezogene Kooperationen (8)

- themenabhängige, situative Kooperationen
- Zusammenarbeit bei Meinungsbildung/-vertretung („um die politische Durchschlagskraft zu erhöhen“)
- fallweise Kooperationen mit Forschungseinrichtungen bei der Erstellung von Gutachten und Studien
- Projektbezogene Zusammenarbeit mit Instituten
- Wissenschaftliche Kooperationen im Rahmen internationaler Forschungsprojekte

Quelle: Eigene Erhebung (n=54).

4 Schlussbetrachtung

Das Erkenntnisinteresse des Beitrags war auf die Struktur und Beschaffenheit der rentenpolitischen Politikberatung in Deutschland gerichtet. Das „Phänomen“ Politikberatung wurde dabei als politisch institutionalisierte, dialogisch gestaltete und strukturierte Wissenskommunikation unter Berücksichtigung von Werten, Interessen und Institutionen konzeptualisiert. Dieses relativ breite Verständnis von Politikberatung stand einer relativ engen Fokussierung auf Alterssicherung bzw. Rentenpolitik im Sinne der (monetären) Absicherung im Alter gegenüber. Der Untersuchungsfokus lag auf Organisationen, die sich mit Fragen der gesetzlichen Rentenversicherung, betrieblichen Altersversorgung, staatlich geförderten privaten Altersvorsorge („Riester-Rente“) sowie weitere Formen der privaten Vorsorge beschäftigen. Im Kern ging es um die Identifizierung und Systematisierung der in diesen Feldern maßgeblichen Organisationen, die Beschreibung ihrer formalen Struktur und inhaltlichen Ausrichtung sowie die Erhebung von Adressaten und Instrumenten der Politikberatung.

Nachfolgend werden die wesentlichen Erkenntnisse zusammengefasst und weiterführende Fragestellungen aufgezeigt, mit denen sich die rentenpolitische Governance genauer spezifizieren lässt.

Status Quo der Politikberatung in der deutschen Rentenpolitik

Der Untersuchungsfokus lag auf dauerhaft externe Beratungsformen. Zur Systematisierung des in die Analyse eingehenden empirischen Materials wurden auf Basis theoretischer Überlegungen vier Organisationstypen voneinander abgegrenzt. Die Ergebnisse zu den jeweiligen Spezifika der einzelnen Organisationstypen sind im Folgenden zusammengefasst dargestellt.

Akademische Organisationen und Auftragsforschungseinrichtungen

Die akademischen Organisationen und Auftragsforschungseinrichtungen erbringen in der Alterssicherung überwiegend „klassische“, d. h. wissenschaftliche Politikberatung. Insbesondere die Wirtschaftsforschungsinstitute, welche im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie regelmäßig die Frühjahrs- und Herbstgutachten erstellen und vorlegen, haben den Anspruch, Orientierungen für die politische Willensbildung zu entwickeln. Allerdings sind die rentenpolitischen Ausführungen in den besagten Gutachten häufig nur spezifischen Fragestellungen gewidmet, sofern sie denn überhaupt enthalten sind. Ansonsten beraten die sechs Institute wie auch die anderen Organisationen diesen Typs häufig über spezifische Inputs auf Anfrage, z. B. im Rahmen einer Beteiligung an Sachverständigenanhörungen, durch Gutachten oder Studien, sowie auch aus eigener Initiative,

z. B. durch Stellungnahmen zu einzelnen Gesetzgebungsvorhaben. Außerdem verbreiten die Organisationen ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse in den einschlägigen Fachpublikationen, die zwar primär an die Scientific Community adressiert sind. Allerdings betreibt ein Großteil der Organisationen gezielt Pressearbeit bzw. richtet sich partiell an die Medien, um die Forschungsergebnisse in die Öffentlichkeit wie auch in das politische System zu transferieren, aus denen sich längerfristige Austauschprozesse zwischen Wissenschaft und Politik einstellen sollen.

Aus der Untersuchung geht hervor, dass das Themenspektrum des Großteils der betrachteten akademischen Organisationen überaus breit gefächert ist. Keine der Organisationen forscht und berät allein im Bereich der Alterssicherung oder verfügt ausschließlich über einen rentenpolitischen Schwerpunkt. Bis vor wenigen Jahren wäre hier das Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen zu nennen gewesen, das durch das altersbedingte Ausscheiden von Prof. Dr. Winfried Schmähl jedoch deutlich an rentenpolitischer Expertise eingebüßt hat.

Grundsätzlich bewahren sich die akademischen Organisationen zwar finanziell, personell und thematisch ein hohes Maß an Unabhängigkeit gegenüber der Politik wie auch der Wirtschaft. Nichtsdestotrotz sind diese Einrichtungen – nicht zuletzt auch aufgrund der massiven Kürzungen in den öffentlichen Haushalten für Bildung und Forschung – zunehmend darauf angewiesen, Drittmittel bei Verbänden, Stiftungen und/oder der Privatwirtschaft einzuwerben. Inwieweit diese zunehmende „Drittmittelabhängigkeit“ die Freiheit von wissenschaftlicher Forschung und Politikberatung untergräbt, kann an dieser Stelle nicht hinreichend beantwortet werden. Speziell im Politikfeld Alterssicherung ist aber bei einigen der – als „unabhängig“ einzustufenden – akademischen Forschungseinrichtungen zu beobachten, dass direkte und langfristige Kooperationen beispielsweise mit der Versicherungswirtschaft bestehen. Hierzu gehören speziell das Forschungszentrum Generationenverträge an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und das Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demografischer Wandel. Derartige finanzielle und teilweise auch personelle Verflechtungen können sich durchaus auch auf die normative Orientierung der Beratung auswirken. Eine derartige Interpretation deutet sich aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse zwar an, aber entsprechende Aussagen können im Grunde nur auf Basis einer genaueren Prüfung der jeweiligen Einzelfälle erfolgen.

Die Erfordernis spezifischer Einzelfallanalysen stellt sich umso mehr angesichts der Tatsache, dass die Expertinnen und Experten von universitären Forschungseinrichtungen, die politisch-ideologischen Organisationen nahe stehen und von diesen finanziell unterstützt werden, in den Medien und auch in der Politik als „unabhängige“ Sachverständige fungie-

ren. Hier scheint die Grenze zwischen wissenschaftlicher und advokatorischer Politikberatung zunehmend fließend zu sein.

Advokatorische Organisationen

Bei advokatorischen Organisationen handelt es sich um Einrichtungen, die ihre Arbeit an bestimmten Werten und partikularen oder Gemeinwohlinteressen orientieren. Eine deutliche Mehrzahl der hier betrachteten advokatorischen Organisationen verfügt aber über deutliche, direkte Verbindungen (finanzielle oder personelle Verflechtung) mit arbeitgeber- und wirtschaftsnahen Einrichtungen, was sich auch an den relevanten Adressaten, den Instrumenten und nicht zuletzt auch in den Beratungsinhalten widerspiegelt. Zu diesem Typ zählen im Bereich der Alterssicherung zum einen die rechtlich gesehen freien, aber gleichwohl interessengebundenen „Institute“, wie z. B. das Deutsche Institut für Altersvorsorge (Think Thank der Deutschen Bank), das (von Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden finanzierte) Institut der deutschen Wirtschaft Köln oder die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (finanziert durch die Arbeitgeberverbände der Metallindustrie). Zum anderen fallen auch Organisationen unter diesen Typ, die nicht nur bestimmte partikulare, sondern auch spezifische Gemeinwohlinteressen vertreten (Arbeitnehmerkammer Bremen, Evangelische Kirche in Deutschland) bzw. diesen Anspruch zumindest erheben (das parteiübergreifende Institut Solidarische Moderne). Das Spektrum der vertretenen Organisationen ist also relativ breit. Darüber hinaus ist auffällig, dass die advokatorischen Organisationen im Bereich Alterssicherung thematisch überwiegend breit aufgestellt sind.

Die Politikberatung durch advokatorische Organisationen basiert, anders als die der akademischen Organisationen, weniger auf Erarbeitung und Vermittlung eigener Forschungsergebnisse sondern stärker auf der Aufbereitung von bereits vorhandenem Wissen. Zwar orientiert sich die Arbeit an wissenschaftlichen Standards, aber auch die Werte und Interessen spielen eine große Rolle. Den Transfer ihrer Inhalte organisieren die Organisationen über kürzere Analysen, Stellungnahmen und leicht verständliche Positionspapiere, was eine relativ hohe öffentlich-mediale und politische Aufmerksamkeit nach sich zieht. Insofern besteht einerseits ein latentes Konkurrenzverhältnis zur Politikberatung akademischer Organisationen, wenngleich andererseits die Einbindung der advokatorischen Organisationen in (renten-)politische Kommunikations- und Entscheidungsprozesse (bislang) relativ gering ist. Da sie in der Regel über eine relativ geringe personelle Ausstattung verfügen – die Themen Alterssicherung und Rente wird häufig nur von einem Fachreferenten bearbeitet – betreiben sie aktiv die Vernetzung mit anderen Akteuren und Organisationen, um das Gewicht ihrer Werte und Interessen im politischen Prozess zu stärken.

Diese Allianzen sind aber bezogen auf die Kooperationspartner nicht breit gefächert, sondern fokussieren insbesondere auf die jeweiligen interessenverbandsnahen Organisatio-

nen. Diese zweiseitige Form der Politikberatung scheint im Bereich der Alterssicherung zunehmend an Bedeutung zu gewinnen, wobei eine Beurteilung über die tatsächliche Wirkung und der Erfolg des so genannten „Wissenschaftslobbyings“ noch offen bleiben muss.

Interessenverbandsnahe Organisationen

In der Gruppe der interessenverbandsnahen Organisationen sind primär die Sozialpartner (Gewerkschaften und Arbeitgeber), Wirtschafts- sowie Berufsverbände vertreten, die aufgrund ihres interessengeleiteten Hintergrundes weniger analytisch und akademisch, sondern primär handlungs- und entscheidungsorientiert agieren. Sie zeichnen sich durch ihre Nähe zur politischen Entscheidungsebene aus, was sich auch in der räumlichen Konzentration auf Berlin als Regierungssitz widerspiegelt.

Die Leitungsebene der Organisationen verfügen über jahrelang gewachsene Kontakte in die Ministerien, die zum Teil auf personellen Wechseln zwischen Politik/Verwaltung und Interessenverbänden resultieren. Diese Kontakte erleichtern einerseits den Transport von Expertise an die jeweiligen Adressanten und erzeugen andererseits auch Wissensvorsprünge gegenüber den anderen Organisationstypen. Die daraus resultierenden Vorteile kommen auch beim Transfer der Beratungsinhalte deutlich zum Tragen.

Wichtigstes Instrument der interessenverbandsnahen Organisationen sind grundsätzlich adressatengerecht aufbereitete Informationen, die sich nach außen oder innen richten. Nach *außen* richten sich die Informationen an die Vertreterinnen und Vertreter in Parlament sowie Regierung/Verwaltung, wobei hier als Instrument zunehmend so genannte „policy briefs“ zum Einsatz kommen. Das vorgenannte Beziehungsgeflecht ermöglicht es den interessenverbandsnahen Organisationen, ihre Informationen und Beratungsleistungen zum „richtigen“ Zeitpunkt an die „richtigen“ Adressanten zu bringen. Nach *innen* gerichtete Informationen sollen die Mitglieder der jeweiligen Organisationen über aktuelle Entwicklungen unterrichten und aufklären. Klassisches Medium sind die Mitgliederzeitung sowie Informationsbroschüren zu spezifischen Angelegenheiten. Für die Organisation und ihre Mitglieder relevante Themen werden häufig durch eine mediale Kampagne flankiert. Die dafür erforderlichen Ressourcen können in der Regel nur von größeren Verbänden vorgehalten werden, die mit ihren personell umfangreich ausgestatteten Presseabteilungen und den jeweiligen Fachreferaten ständige Politikbeobachtung und -beratung leisten. Bei den interessenverbandsnahen Organisationen ist der Grad zwischen Politikberatung und Lobbying besonders schmal, schließlich ist das primäre Ziel die Durchsetzung der Interessen der Organisation bzw. der Mitglieder. Dennoch sind die Beratungsleistungen von hoher Bedeutung, spiegeln sie doch die unterschiedlichen Interessenlagen wider, wie beispielsweise im Rahmen der Sozialpartnerschaft. Allerdings ist auch hier zu berücksichtigen, dass sich die personellen wie finanziellen Ressourcen der unterschiedlichen interessenverbandsnahen

Organisationen stark unterscheiden, ebenso wie ihre Rolle und ihr „Gewicht“ bei der Politikberatung. Inwiefern diese Faktoren den Einfluss der Organisationen durch Politikberatung bestimmen, gilt es im Rahmen weiterführender Untersuchungen zu erheben.

Sonstige Formen der Politikberatung

Die *parteinahen Organisationen*, also im Wesentlichen die sechs politischen Stiftungen, betreiben nur sehr eingeschränkt Politikberatung in der deutschen Rentenpolitik. Einerseits sind sie thematisch sehr breit aufgestellt und von daher auch mit der Rentenpolitik befasst. Allerdings spielt das Politikfeld Alterssicherung – wenn überhaupt – nur sehr eingeschränkt im Themenspektrum eine Rolle. Und auch der Aufgabenbereich zielt nicht in erster Linie auf den Aspekt der Politikberatung ab, sondern vielmehr auf die parteipolitische Bildungsarbeit. Die *dauerhaft internen Beratungskapazitäten* weisen den höchsten Grad der Institutionalisierung auf, da sie selbst organisatorischer Bestandteil des jeweiligen Adressaten sind und permanent zur Verfügung stehen. Die Politikberatung erfolgt hier im Wesentlichen über die Fachausschüsse des Parlaments, die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordneten bzw. ihrer Fraktionen, die wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages sowie über die Ministerialverwaltung und die Ressortforschungseinrichtungen. Darüber hinaus spielen dauerhaft einberufene Sachverständigengremien (Sozialbeirat, Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) eine wesentliche Rolle. Im Verlauf der Recherchen hat sich deutlich herausgestellt, dass der Erkenntnisgewinn über diese Form der Politikberatung schwierig ist, da Informationen zu den Beratungsinhalten und Intensität in der Regel nicht öffentlich zugänglich sind. Aufgrund der Informationslage konnten in der Sekundäranalyse daher lediglich vier Organisationen berücksichtigt werden. Aufgrund der geringen Grundgesamtheit sind die Ergebnisse jedoch nicht zu verallgemeinern.

Resümee zur Governance der Politikberatung in der deutschen Rentenpolitik

Angesichts der vorliegenden empirischen Erkenntnisse zum Status Quo der Politikberatung in der deutschen Rentenpolitik zeichnet sich deutlich ab, dass eine wissenschaftlich fundierte und „neutrale“ Beratung im Politikfeld Alterssicherung offenbar nur bedingt erfolgen kann und zunehmend die Möglichkeit besteht, dass die politische Debatte und Entscheidungsfindung durch werte- und interessen geleitete Positionen beeinflusst wird. Allerdings stellt sich auch die berechnete Frage, inwieweit politische Akteure überhaupt auf Beratungsleistungen zurückgegriffen und zu welchem Zweck. Dient die Politikberatung der Entscheidungsfindung, oder lediglich der Legitimationsbeschaffung? Insgesamt erfordert die an Unübersichtlichkeit grenzende Vielfalt der Politikberatung in der Alterssicherung genaue Einzelfallanalysen, bevor konkrete Beratungsprozesse und -ergebnisse vorschnell als unzulässige Klüngelerei oder politische Gefälligkeitsleistung interpretiert werden. Für eine hin-

reichende Klärung entsprechender Prozesse sind vertiefende empirische Analysen erforderlich, deren Design nachfolgend kurz skizziert wird.

Weitergehender Forschungsbedarf

Der Beratungsbedarf des Parlaments wie auch der Regierung/Verwaltung wird durch unterschiedliche Organisationsformen und -typen der Politikberatung bedient. Auf diese Weise sollen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierte Entscheidungen im Sinne einer „evidence based policy“ getroffen werden. Grundsätzlich birgt der Rückgriff auf externe Beratungsdienstleistungen auch die Gefahr einer interessengeleiteten Einflussnahme. Da die Grenzen zwischen objektiver Beratung (im Sinne einer Bereitstellung von Wissen) und Lobbying (Interessenvertretung) fließend sind (Hustedt et al. 2010), stellt sich die Frage, inwiefern die Politikberatung im Bereich der Alterssicherung als objektive und unabhängig charakterisiert werden kann.

Zur Beantwortung dieser Frage ist ein Forschungsdesign erforderlich, dass weit über die Bestandsaufnahme der Akteure und Aktivitäten der Politikberatung, wie sie im vorliegenden Beitrag erfolgt ist, hinausgeht. Es konnte deutlich gezeigt werden, dass ein Großteil der betrachteten Organisationen in verschiedenster Weise Politikberatung betreibt, und dabei auch in unterschiedliche „Beratungsnetzwerke“ eingebunden ist. In der sozialwissenschaftlichen Politikforschung hat der Netzwerkbegriff eine herausragende Bedeutung erlangt. Die Berücksichtigung und Analyse sozialer Netzwerke trägt dem Umstand Rechnung, dass bei der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung stets eine Vielzahl von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren eingebunden ist. Auch im Problemaufriss der vorliegenden Ausarbeitung wurde bereits darauf hingewiesen, dass „Regieren“ eine Sache der politischen Verhandlung und Abstimmung vielfältiger und widerstreitender Interessen, Argumente oder Bewertungen und damit eine Angelegenheit der interorganisationellen Kooperation und Koordination ist. Die Netzwerkstruktur und Akteurskonstellationen eines Politikfeldes – und damit die „Logik“ der darin entwickelten Politik – lassen sich durch eine Analyse der beteiligten Akteure und Organisationen herausarbeiten. Grundsätzlich geht die Netzwerkforschung davon aus, dass die Struktur eines thematischen Beziehungsgeflechts Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung hat, etwa indem sie bestimmte Akteure zu zentralen Koalitionen zusammenführt oder andere Organisationen zu Außenseitern macht. Gleichzeitig ist anzunehmen, dass sich die Handlungsoptionen und -strategien einzelner Akteure auch aus den Netzwerkstrukturen ableiten, da beispielsweise ein Kernakteur andere Einflussmöglichkeiten hat, aber auch anderen Aufgaben und Funktionen übernimmt als eine Organisation, die als vermittelnd zwischen verschiedenen Akteuren angesiedelt ist (Hollstein/Straus 2006, darin insb. Baumgarten/Lahusen).

Eine derartige Analyse ist auch für die Beurteilung der Erfolgsfaktoren, Wirksamkeit und „Unabhängigkeit“ von Politikberatung geeignet. Die hier dargelegte Bestandsaufnahme zum Status Quo der Politikberatung in der Rentenpolitik ist daher fortzuführen, um weitergehende Forschungsfragen beantworten zu können:

- Welche Organisationen sind entscheidungsrelevant? Welchen Einfluss haben sie im Politikfeld Alterssicherung bzw. insbesondere auf rentenpolitische Entscheidungsprozesse?
- Was ist „unabhängige“ Politikberatung, wer bietet „unabhängige“ Politikberatung an, und bei welchen Organisationen ist diese eher nicht zu erwarten?
- Welche individuellen Akteure spielen bei der Politikberatung in der Alterssicherung eine herausragende Rolle? Welche personellen, finanziellen und institutionellen Überschneidungen und Abhängigkeiten existieren, und wie wirken sich diese auf die Beratung aus?
- Wie werden rentenpolitische Positionen in den politischen Prozess mittels Politikberatung eingebracht? Inwieweit lässt sich „Erfolg“ von Politikberatung messen?

Die Klärung dieser Fragen ist für die deutsche Rentenpolitik von besonderer Relevanz: Wie der vorliegende Beitrag gezeigt hat, steht die rentenpolitische Entscheidungsfindung, die ohnehin mit zahlreichen Zielkonflikten konfrontiert ist (Schmähl 2007, 2005, 2001), durch die Erstarkung und Professionalisierung der Politikberatung zunehmend auch einer interessen geleiteten Wissenschaftsberatung gegenüber. Da mit Politikberatung immer auch kommerzielle oder politische Eigeninteressen verfolgt werden (Falk et al. 2006a: 17; Weingart/Lentsch 2008: 11), wirft diese Entwicklung auch grundsätzliche Fragen zur Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie auf (Glaab/Metz 2006). Für eine informierte und gemeinwohlorientierte Entscheidungsfindung im Politikfeld Alterssicherung, die auf externe Beratung zurückgreift, sind Transparenz und ein hohes Maß an Informationen über die Anbieter der Beratung eine wesentliche Voraussetzung.

Literatur

- Althaus, Marco; Dominik Meier (2004): *Politikberatung: Praxis und Grenzen*. Münster: Lit-Verlag.
- Baumgarten, Britta; Christian Lahusen (2006): "Politiknetzwerke - Vorteile und Grundzüge einer qualitativen Analysestrategie", in: *Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen*. Betina Hollstein und Florian Straus (Hg.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 177-198.
- Bogumil, Jörg; Werner Jann (2005): *Verwaltung und Verwaltungswissenschaft in Deutschland. Einführung in die Verwaltungswissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Cassel, Susanne (2001): *Politikberatung und Politikerberatung, Eine institutionenökonomische Analyse der wissenschaftlichen Beratung der Wirtschaftspolitik*. Beiträge zur Wirtschaftspolitik Band 76. Bern: Paul Haupt.
- Dagger, Steffen; Christoph Greiner, et al. (Hg.) (2004): *Politikberatung in Deutschland. Praxis und Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Falk, Svenja; Dieter Rehfeld, et al. (2006a): "Politikberatung - Themen, Fragestellungen, Begriffsdimensionen, Konzepte, Akteure, Institutionen und Politikfelder", in: *Handbuch Politikberatung*. Svenja Falk; Dieter Rehfeld; Andrea Römmele und Martin Thunert (Hg.). Wiesbaden: VS Verlag, 11-19.
- Falk, Svenja; Dieter Rehfeld, et al. (2007): "Kooperative Politikberatung. Ein neues Beziehungsgeflecht zwischen Politik und Politikberatung?" *Politische Vierteljahresschrift* 48 (2): 322-337.
- Falk, Svenja; Dieter Rehfeld, et al. (Hg.) (2006b): *Handbuch Politikberatung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Falk, Svenja; Andrea Römmele (2009): *Der Markt für Politikberatung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Faust, Jörg; Thomas Vogt (2002): "Politikfeldanalyse und internationale Kooperation", in: *Vergleichende Regierungslehre - eine Einführung*. Hans-Joachim Lauth (Hg.). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 419-449.
- Garrelts, Heiko; Hellmuth Lange, et al. (2008): "Anpassung an den Klimawandel: Siedlungsplanung in Flussgebieten. Wandel und Herausforderungen im Politikfeld Hochwasserschutz." *Raumplanung* 137: 72-76.
- Gellner, Winand (1995): *Ideenagenturen für Politik und Öffentlichkeit. Think Tanks in den USA und in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Glaab, Manuela; Almut Metz (2006): "Politikberatung und Öffentlichkeit", in: *Handbuch Politikberatung*. Svenja Falk; Dieter Rehfeld; Andrea Römmele und Martin Thunert (Hg.). Wiesbaden: VS Verlag, 161-170.
- Heinrichs, H. (2002): *Politikberatung in der Wissensgesellschaft. Eine Analyse umweltpolitischer Beratungssysteme*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Heinze, Rolf G. (2009): "Staat und Lobbyismus: Vom Wandel der Politikberatung in Deutschland." *Zeitschrift für Politikberatung* 2 (1): 5-25.
- Hollstein, Betina; Florian Straus (Hg.) (2006): *Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Holtrup, Andre; Günter Warsewa (2008): *Neue Governance-Formen in Wirtschaft, Arbeit und Stadt/Region*. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft.

- Hustedt, Thuid; Sylvia Veit, et al. (2010): "Wissen ist Macht? Wissenschaftliche Politikberatung der Bundesregierung." *Aus Politik und Zeitgeschichte* 19/2010: 15-21.
- Ihne, Hartmut (2007): *Global Governance und wissenschaftliche Politikberatung - Tendenzen und Prinzipien*. Baden-Baden: Nomos.
- Kielmansegg, Peter Graf (2006): "Politikberatung in Deutschland. Einleitung", in: *Politikberatung in Deutschland*. Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Hg.). Wiesbaden: VS Verlag, 9-14.
- Krevert, Peter (1993): *Funktionswandel der wissenschaftlichen Politikberatung in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklungslinien, Probleme und Perspektiven im Kooperationsfeld von Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit*. Münster e.a.: Lit-Verlag.
- Kusche, Isabel (2008): *Politikberatung und die Herstellung von Entscheidungssicherheit im politischen System*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Lang, Benedikt Maria Andreas (2006): *Think Tanks in Deutschland. Eine Netzwerkanalyse der deutschen Think-Tank Landschaft*. Konstanz: Universität Konstanz (Diplomarbeit).
- Lendi, Martin (2005): *Politikberatung*. Zürich: vdf Hochschulverlag.
- Lompe, Klaus (2006): "Traditionelle Modelle der Politikberatung", in: *Handbuch Politikberatung*. Svenja Falk; Dieter Rehfeld; Andrea Römmele und Martin Thunert (Hg.). Wiesbaden: VS Verlag, 25-34.
- Mayntz, Renate (2007): "Die Organisation wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland", in: *Politikberatung in Deutschland*. Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Hg.). Wiesbaden: VS Verlag, 115-122.
- Meister, Hans-Peter (2004): "Diskursive Politikgestaltung: Von der "Beraterrepublik" zum organisierten Dialog." *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 14/2004: 31-38.
- Mihr, Christian (2003): *Wer spinnt denn da? Spin Doctoring in den USA und in Deutschland: Eine vergleichende Studie zur Auslagerung politischer PR*. Münster: LIT.
- Müller, Marion G. (2006): "Politikberatung aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive", in: *Handbuch Politikberatung*. Svenja Falk; Dieter Rehfeld; Andrea Römmele und Martin Thunert (Hg.). Wiesbaden: VS Verlag, 88-95.
- Murswieck, Axel (Hg.) (1994): *Regieren und Politikberatung*. Opladen: Leske & Budrich.
- Petermann, Thomas (2005): "Das TAB - Eine Denkwerkstatt für das Parlament", in: *Technikfolgen-Abschätzung für den Deutschen Bundestag. Das TAB - Erfahrungen und Perspektiven wissenschaftlicher Politikberatung*. Thomas Petermann und Armin Grunwald (Hg.). Berlin: Edition Sigma, 19-62.
- Priddat, Birger P. (2009): "Governance und Politikberatung", in: *Politikberatung: Prozesse, Logik und Ökonomie*. Birger P. Priddat (Hg.). Marburg: Metropolis, 49-67.
- Radunski, Peter (2006): "Public Affairs als Politikberatung", in: *Handbuch Politikberatung*. Svenja Falk; Dieter Rehfeld; Andrea Römmele und Martin Thunert (Hg.). Wiesbaden: VS Verlag, 315-321.
- Schmähl, Winfried (2001): "Alte und neue Herausforderungen nach der Rentenreform 2001." *Die Angestellten-Versicherung, Mitteilungen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte* 48: 313-322.
- Schmähl, Winfried (2005): *Nationale Rentenreformen und die Europäische Union - Entwicklungslinien und Einflusskanäle*. Bremen: Zentrum für Sozialpolitik.
- Schmähl, Winfried (2007): *Die Einführung der „dynamischen Rente“ 1957. Gründe, Ziele und Maßnahmen. Versuch einer Bilanz*. Bremen: Zentrum für Sozialpolitik.

- Schmidt, Manfred G. (1997): "Policy-Analyse", in: *Grundzüge der Politikwissenschaft*. Arno Mohr (Hg.). München: Oldenbourg Verlag, 567-590.
- Schneider, Jan (2004): "Politikberatung und Regierungsmacht - über 'Re-Etatisierung' zum 'Neo-Dezisionismus'? Wandel von Expertise und Entscheidungsvorbereitung im deutschen Regierungssystem", in: *Wissenschaft und Macht*. Thomas Ernst; Bettina Bock von Wülfigen; Stefan Borrmann und Christian P. Gudehus (Hg.). Münster: Westfälisches Dampfboot, 205-226.
- Schridde, Henning (2007): "Governance on Demand. Ansätze zur einer dynamischen Governance-Analyse am Beispiel des ARGE-Netzwerks für Jugendliche", in: *Governance-Strategien und lokale Sozialpolitik*. Deutsches Jugendinstitut (Hg.). München: Deutsches Jugendinstitut, 35-61.
- Schubert, Klaus; Nils C. Bandelow (2003): *Lehrbuch der Politikfeldanalyse*. München: Oldenbourg Verlag.
- Schuster, Christian H. (2005): *Politikberatungsagenturen in Deutschland*. poli-c-books.
- Siefken, Sven T. (2007): *Expertenkommissionen im politischen Prozess. Eine Bilanz zur rot-grünen Bundesregierung 1998-2005*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Speth, Rudolf (2006). "Advokatorische Think Tanks und die Politisierung des Marktplatzes der Ideen." betrifft: Bürgergesellschaft 24. Retrieved 11. September, 2010, from <http://library.fes.de/pdf-files/kug/03818.pdf>.
- Stehr, Nico (2001): "Moderne Wissensgesellschaften." *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 36/2001: 7-14.
- Tiemann, Heinrich (2004): "Im Dickicht der Beratung: Politik und Wissenschaft Jahrhundert." *Zeitschrift für Sozialreform* 50 (1/2): 46-50.
- Weber, Jörg (2004): *Quo Vadis Politikberatung? Wie politisch ist die wissenschaftliche Politikberatung in Deutschland? Eine Entwicklungsgeschichte der wissenschaftlichen Politikberatung in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses von Enquete-Kommissionen auf den Wissens-Transfer*. Wuppertal: Universität Wuppertal.
- Wehlau, Diana (2009): *Lobbyismus und Rentenreform. Der Einfluss der Finanzdienstleistungsbranche auf die Teil-Privatisierung der Alterssicherung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Weingart, Peter (2001): *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*. Weilerswist: Velbrück.
- Weingart, Peter; Justus Lentsch (2008): *Wissen - Beraten - Entscheiden. Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland*. Weilerswist: Velbrück.
- Willke, Helmut (Hg.) (1998): *Systemisches Wissensmanagement*. Stuttgart: Lucius & Lucius.

Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft

Nr. 1

Holtrup, André/Warsewa, Günter (2008): Neue Governance-Formen in Wirtschaft, Arbeit und Stadt/Region.

Nr. 2

Holtrup, André/Warsewa, Günter (2008): Der Wandel maritimer Strukturen.

Nr. 3

Ludwig, Thorsten/Tholen, Jochen/Kühn, Manuel (2009): Beschäftigung, Auftragslage und Perspektiven im deutschen Schiffbau.

Nr. 4

Baumheier, Ulrike/Schwarzer, Thomas (2009): Neue Ansätze der Vernetzung durch Quartierszentren in Bremen.

Nr. 5

Warsewa, Günter (2010): Evaluation und Optimierung institutioneller Praktiken der Beratung und Förderung von Existenzgründerinnen

Nr. 6

Kühn, Manuel/Ludwig, Thorsten/Tholen, Jochen (2010): Beschäftigung, Auftragslage und Perspektiven im deutschen Schiffbau.

Nr. 7

Baumheier, Ulrike/Fortmann, Claudia/Warsewa, Günter (2010): Schulen in lokalen Bildungs- und Integrationsnetzwerken

Nr. 8

Sommer, Jörg/Wehlau Diana (2010): Governance der Politikberatung in der deutschen Rentenpolitik